

Un seul monde Un solo mondo Eine Welt



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Direktion für Entwicklung
und Zusammenarbeit DEZA

NR. 1 / MÄRZ 2013
DAS DEZA-MAGAZIN
FÜR ENTWICKLUNG
UND ZUSAMMENARBEIT
www.deza.admin.ch

Nordafrika

Neue Herausforderungen für
alle – auch für die Schweiz

Honduras:

Morde an der Tagesordnung

Zusammenarbeit mit privaten
Wasserversorgern: Ja, aber!

Inhalt

DOSSIER



6 **NORDAFRIKA** **Die fehlenden Debatten vor den Arabischen Revolten**

Die sozialen Probleme in den Griff zu kriegen und die politischen Institutionen wieder aufzubauen sind die momentan grössten Herausforderungen der Region

10 **Spontan, abgestimmt und zukunftsgerichtet**

Das stark ausgebaute Schweizer Engagement in Nordafrika erzielt erste Resultate

15 **«Es überrascht nicht, dass die Mittelklasse zuerst rebelliert hat»**

Ahmed Galal, Direktor des Economic Research Forum in Kairo, im Interview

17 **Facts & Figures**

HORIZONTE



18 **«Hier habe ich keine Zukunft»**

Auf der Suche nach einer besseren Zukunft verlassen viele Menschen in Honduras ihre Dörfer und lassen sich an den Rändern der Hauptstadt nieder

21 **Aus dem Alltag von...**

Jürg Benz, DEZA-Koordinator in Tegucigalpa

22 **Eine Zukunft für mich und meine Kinder**

María del Rosario Barahona über ihre Zukunft und diejenige ihrer Töchter

DEZA



23 **Brücke zur Aussenwelt**

Radio Ergo in Somalia gibt jenen eine Stimme, die sonst nie gehört werden

24 **Internet-Diagnose in der Steppe**

In der Mongolei haben Schweizer Chirurgen mit Unterstützung der DEZA ein Telemedizinssystem aufgebaut

FORUM



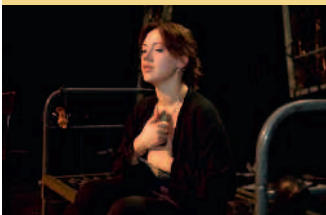
27 **Wasser für alle – ein Geschäft für Private?**

Die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor in der Wasserversorgung braucht klare Rahmenbedingungen

30 **«Leg nicht alle Eier in den gleichen Korb»**

Carte blanche: Der Äthiopier Getachew Gebru über das Hirtenum in seiner Heimat

KULTUR



31 **Unbekannte Nachbarn gemeinsam auf der Bühne**

Der kulturelle Austausch unter den zentralasiatischen Staaten wird unter anderem durch Theaterproduktionen wiederbelebt

- 3 Editorial
- 4 Periskop
- 26 Einblick DEZA
- 33 Service
- 35 Fernsucht mit Luisa Splett
- 35 Impressum

Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA), die Agentur der internationalen Zusammenarbeit im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), ist Herausgeberin von «Eine Welt». Die Zeitschrift ist aber keine offizielle Publikation im engeren Sinn; in ihr sollen auch andere Meinungen zu Wort kommen; deshalb geben nicht alle Beiträge unbedingt den Standpunkt der DEZA und der Bundesbehörden wieder.

Editorial



Die Schweiz und der Arabische Frühling

Mir hat das Wort vom Arabischen Frühling nie richtig gepasst. Weder im wörtlichen noch im übertragenen Sinn konnte ich dem Begriff viel abgewinnen. Begonnen hat die Serie der Proteste, welche Nordafrika und den Mittleren Osten erschütterte, am 17. Dezember 2010, nachdem sich der Gemüsehändler Mohamed Bouazizi mit seiner Selbstverbrennung gegen behördliche Willkür aufgelehnt hatte. Das war ein folgenreiches Fanal – zu Beginn eines kalendarischen Winters.

Der Begriff Arabischer Frühling bezieht sich auf den Frühling als Jahreszeit, in der die jungen Pflanzen ans Licht drängen und die Starre des Winters hinter sich lassen. Mit dem Frühling beginnt ein Zyklus des Lebens und der Fruchtbarkeit. Und so haben sich auch viele den Arabischen Frühling vorgestellt: als politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Prozess, der gewissermassen einem Naturgesetz folgt. Politisch war das gerade deshalb verlockend, weil es der internationalen Gemeinschaft nie gelungen ist, eine Strategie zu definieren gegenüber den Veränderungen des Arabischen Frühling. Der Begriff beruhigte und lenkte zugleich von diesem Mangel ab.

Sprachbilder wie der Arabische Frühling wecken falsche Vorstellungen und Hoffnungen. Politische und gesellschaftliche Prozesse folgen nicht natürlichen Abläufen. Sie sind von Menschen gemacht und daher in ihrem Ausgang immer offen. Mit dem Sturz der autoritären Regierungen in Tunis, Kairo und anderswo, ist der Weg zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten und Marktwirtschaft nicht vorgezeichnet. Zwar wird er von vielen angestrebt und erhofft. Gewiss ist das Ergebnis aber nicht.

Nach dem Beginn der Unruhen 2011 wurden auch vorschnell Vergleiche gemacht mit den grossen Veränderungen in Osteuropa am Ende des Kalten Krieges, 20 Jahre zuvor. Der südliche und östliche Mittelmeerraum hat aber weder eine vergleichbare Vergangenheit noch ähnliche kulturelle Grundlagen wie Osteuropa. Es fehlt die Perspektive, Teil der Europäischen Union zu wer-

den, was damals in Osteuropa einen starken Reformprozess mit einer klaren inhaltlichen Richtung auslöste.

Das heisst aber nicht, dass die Länder des Arabischen Frühling ausserhalb unseres Gesichtskreises und unserer eigenen Geschichte, Gegenwart und Zukunft stehen. Im Gegenteil: Sie sind Teil eines grossen Kulturraums, des Mittelmeers, der gerade auch unsere, die schweizerische Geschichte, enorm geprägt hat. Die Schweiz ist das Land, das seinen Ursprung hat als Brücke zwischen dem Mittelmeerraum und dem europäischen Norden. Um diese Gebirgspässe und ihre eigene Freiheit zu behaupten, sind die ersten Eidgenossen zusammengekommen.

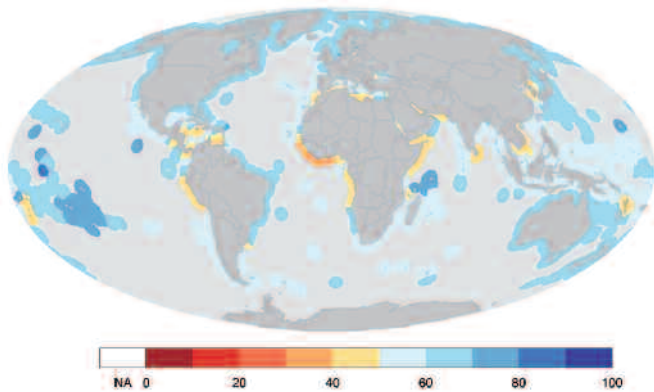
Auch unsere eigene Zukunft wird von den Veränderungen im Mittelmeerraum geprägt sein – mit allen Chancen und Risiken. Der «Westen» hat jahrzehntelang im eigenen Interesse Einfluss genommen auf die politischen Verhältnisse in Nordafrika und im Nahen Osten, aus Gründen der Sicherheit, der Rohstoffversorgung, der Migration. Deshalb trägt er heute auch eine Mitverantwortung.

Wir müssen uns bewusst sein, dass es bei den Veränderungen, die sich in der arabischen Welt abspielen, um einen steinigen Weg handelt mit vielen Rückschlägen und ungewissem Ausgang. Doch das Engagement lohnt sich.

Mehr Hintergründe und Fakten zum Thema – etwa über die Rolle von Social Media, oder wie genau sich die Schweiz engagiert – erfahren Sie in unserem Nordafrika-Dossier in diesem Heft sowie an der Veranstaltungsreihe «Karama! Die arabischen Revolten und ihre Folgen», welche bis am 31. Mai im Käfigturm Bern läuft.

Martin Dahinden
Direktor der DEZA

Periskop



Meer und Mensch

(bf) Erstmals wurde die Beziehung zwischen Meer und Mensch in Zahlen gefasst. Mit ihrem «Ocean Health Index» misst die University of

California in Santa Barbara die Gesundheit der Meere in einer Zone, die von den Küsten bis 200 Seemeilen ins Meer hinausreicht. Beurteilt wurden ökologische, soziale, wirtschaftliche

und politische Faktoren – darunter Wasserqualität, Artenreichtum, Küstenschutz, Tourismus oder die Rolle des Meeres für Wirtschaft und Fischerei.

Gemäss dem Index mit einer Skala von 0 bis 100, liegt der durchschnittliche «Gesundheitswert» der Meere bei 60. Auf den vorderen Plätzen dominieren Industrieländer, da diese gemäss der Studie über eine bessere Infrastruktur und strengere Gesetze verfügen. Am unteren Ende der Tabelle befinden sich viele Staaten Westafrikas, Lateinamerikas und des Mittleren Ostens. Mit 36 Punkte ist Sierra Leone das Schlusslicht. Trotz besserem Abschneiden sind die Industrieländer jedoch direkt am schlechten Zustand der Küstengewässer von Entwicklungsländern beteiligt, da schmutzige Energie- oder Produktionsprozesse oft dorthin ausgelagert werden.

www.oceanhealthindex.org

Kampf dem Grauen Star

(jls) Rund 20 Millionen Menschen sind blind oder sehbehindert aufgrund von Grauem Star, bei dem sich die Linse eintrübt. Fast alle Betroffenen leben in Entwicklungsländern. Den chirurgischen Eingriff, mit dem sich die Sehschärfe wiederherstellen lässt, können sie sich nicht leisten. Der chinesische Arzt Han Demin will ihnen nun den kostspieligen Eingriff ermöglichen, indem er zusammen mit Kollegen mittellose Kranke gratis untersucht und behandelt. Sein 2003 lanciertes Brightness Action Programme begrenzte sich zunächst auf benachteiligte Regionen Chinas. Ab 2007 wurde es auch auf andere Länder Asiens und dann auf Afrika ausgedehnt. «Unser Ziel ist, neuste medizinische Technologie und bestmögliche Betreuung in Regionen und zu Menschen zu bringen, die sie

am meisten nötig haben», erläutert er. Über 50000 Menschen wurden bereits behandelt, 14000 davon in Afrika.

www.ipsnews.net (Cataract)

Brot für Afrika

(gn) Die Nachfrage nach Weizen steigt weltweit. Auch im südlichen Afrika, wo sich jedoch viele Menschen das teure Getreide nicht leisten können und die Anzahl der Hungernden zunimmt. Hier könnte, laut einer Studie des Internationalen Forschungszentrums für Getreide und Mais Cimmyt, Abhilfe geschaffen werden: Aktuell würden in zwölf afrikanischen Ländern, die über ideale Anbaubedingungen verfügten, maximal 25 Prozent des Potentials genutzt. Früher gab es in afrikanischen Staaten wie Äthiopien oder Kenia bereits eine beachtliche Getreideproduktion, die heute weitgehend brachliegt. Allein 2012 importierte Afrika 40 Millionen Tonnen Weizen und bezahlte dafür zwölf Milliarden US-Dollar. «Mit der Steigerung der eigenen Produktion», sagt Hans-Joachim Braun, Leiter des globalen Weizenprogramms, «könnten sich lokale Märkte aus der Abhängigkeit der Weltmarktpreise befreien, die innert weniger Monate um bis zu 50 Prozent steigen können.»

www.cimmyt.org (Wheat)

Forschung im Urwald

(bf) Die Tsimane leben im Norden Boliviens und gehören zu den am besten erforschten Völkern der Welt. Seit 2002 nahmen und nehmen mehr als 50 bolivianische und US-amerikanische Anthropologen, Ärzte und Studenten in 42 abgeschlossenen und 33 laufenden Studien das Leben dieses Amazonas-Urvolkes unter die Lupe. Angefangen hat alles mit einer Studie über Parasiten, Würmer



Joe Ronzoni/IWMI

Ideenreiche Bauern

(jls) In den armen Ländern des Südens bedienen sich die meisten Bauern noch rudimentärer Bewässerungsmethoden. Laut einem Bericht des Internationalen Instituts für Wasserwirtschaft (IWMI) ist jedoch still und heimlich eine Revolution im Gange. Unternehmerische Bauern sind es leid, auf staatliche Unterstützung zu warten und suchen im kleinen Massstab nach Bewässerungslösungen. Sie investieren in den Kauf von Motorpumpen, das Sammeln von Regenwasser, den Bau kleiner Reservoirs oder das Anzapfen von Flussläufen. «Das Ausmass des Phänomens hat uns überrascht», erklärt Meredith Giordano, Koordinatorin des Berichts. «Trotz Hemmnissen wie hohe Anfangskosten und lückenhafte Versorgungsketten haben diese Kleinbauern in Afrika und Asien vorwärtsgemacht und mit eigenen Mitteln Bewässerungstechnologien finanziert und eingerichtet.» In Ghana decken private Bewässerungssysteme schon 25-mal mehr Anbaufläche ab als öffentliche.

www.iwmi.cgiar.org/sww2012



Zeichnung von Jean-Augustin

und infektiöse Erkrankungen, unter denen viele der 13000 Tsimane leiden. Doch längst haben die Forschungen über den Gesundheitszustand, die Sprache, das soziale Verhalten, Heilmethoden und vielem mehr nationale und internationale Interessen geweckt, die weit über die Erforschung des Tsimane-Volkes hinausgehen. So führten etwa 2009 Studienergebnisse zur Bestätigung, dass Herz-Kreislauf-Erkrankungen mit grosser Wahrscheinlichkeit ein Leiden moderner Gesellschaften sind.



Michael Guren/UCSB

Aktuelle Studien wiederum erforschen an den Tsimane die Verbindungen von Testosteron und Infektion, zwischen Diät und Ernährungswert von Brustmilch sowie der DNA und der Lebenserwartung. www.tsimane.org

Kochen mit Sonne

(gn) Was wie eine silbern glänzende Satellitenschüssel aussieht, entpuppt sich bei näherer Betrachtung als Solar-Kochherd. Das Sonnenlicht wird in der Mitte der Schüssel gebündelt, damit entsteht genügend Energie, um Wasser und ganze Gerichte zu kochen. Die jüngste Generation von Solarkochern sei wesentlich effizienter, als bisherige Modelle, sagt der südafrikanische Solar-Pionier Crosby Menzies. In Südafrika, wo viele



Jeffrey Barbee/SunFire Solutions

Haushalte bis heute über keinen Elektrizitätsanschluss verfügen, hätten solch dezentrale Lösungen grosse Zukunftschancen, ist er überzeugt. In Senegal wurden bereits 350 ähnliche Kocher im Feld getestet. Dabei ging es vor allem darum, der Bevölkerung auf dem Land Alternativen zum Kochen mit Holz anzubieten.

Technisch funktionieren die Solarkocher bestens. Trotzdem dürften sie sich nicht von heute auf morgen durchsetzen, ist sich Menzies bewusst: «Wer mit Sonnenenergie kocht, muss dies tagsüber tun – das entspricht nicht unserer Tradition und erfordert ein Umdenken.» www.sunfire.co.za

Die fehlenden Debatten vor den Arabischen Revolten

Seit dem Ausbruch der arabischen Revolutionen zu Beginn des Jahres 2011 steht Nordafrika vor riesigen Umwälzungen. Genau wie nach den Revolten in den osteuropäischen Ländern besteht momentan die grösste Herausforderung darin, die sozialen Probleme anzugehen und die politischen Institutionen wieder aufzubauen, damit diese die soziopolitischen Reformen in Angriff nehmen können. Von Vicken Cheterian*.



Wir sahen die Welle der arabischen Revolution nicht kommen. Das Dreigestirn arabischer Diktatoren, radikale Islamisten und passive Bevölkerung schien für die meisten unter uns zu stabil. Zudem hatten sich die Westmächte mit den arabischen Diktatoren gegen den gemeinsamen Feind, den militanten Dschihad, verbündet. Wer hätte da gedacht, dass es vor unserer Tür zu Revolutionen kommen könnte?

Doch die Hauptakteure schenken den Entwicklungsproblemen der Region zu wenig Beachtung. Es hätte genügt, die Hintergrundberichte des UNO-Entwicklungsprogramms über Arabische Entwicklung (*UNDP-Arab Development Reports*) zu lesen, um alarmiert zu sein. Um die arabischen Re-

volten zu verstehen, ist es jedoch nicht zu spät, die weiter zurückliegenden Entwicklungen und historischen Begebenheiten nachzuzeichnen.

Der 2009 veröffentlichte UNDP-Bericht war alarmierend: Er zeigte auf, dass sich die Bevölkerung der Region in weniger als 30 Jahren mehr als verdoppelte (zwischen 1980 und 2007 von 150 auf 317 Millionen), weiter anwächst und die Region unfähig ist, die Bevölkerung mit dem Nötigsten zu versorgen. In Syrien strömen jährlich 300 000 Junge auf den Arbeitsmarkt, in Ägypten gar eine Million. Der Bericht weist auch auf die Zerbrechlichkeit der arabischen Volkswirtschaften durch ihre Abhängigkeit von Öl- und Gasexporten hin. Das ölgetriebene Wachstum hat zum Niedergang traditioneller Sektoren wie der Landwirtschaft geführt. Die Region ist heute weniger industrialisiert als in den 1970er-Jahren.

Um gegen diese Entwicklung sowie den Folgen davon, wie Armut und Unterernährung, anzukämpfen, empfahl der Bericht, politische Reformen anzugehen. Doch die alternden arabischen Herrscher waren zu beschäftigt, die eigenen Kinder zu potenziellen Nachfolgern aufzubauen, und ersticken Reformoptionen im Keim. So war der Ausbruch der Revolte Folge eines ständig wachsenden sozialen Drucks und der Unmöglichkeit, irgendwelche Reformen anzugehen.

Vergleichbar mit Berliner Mauerfall

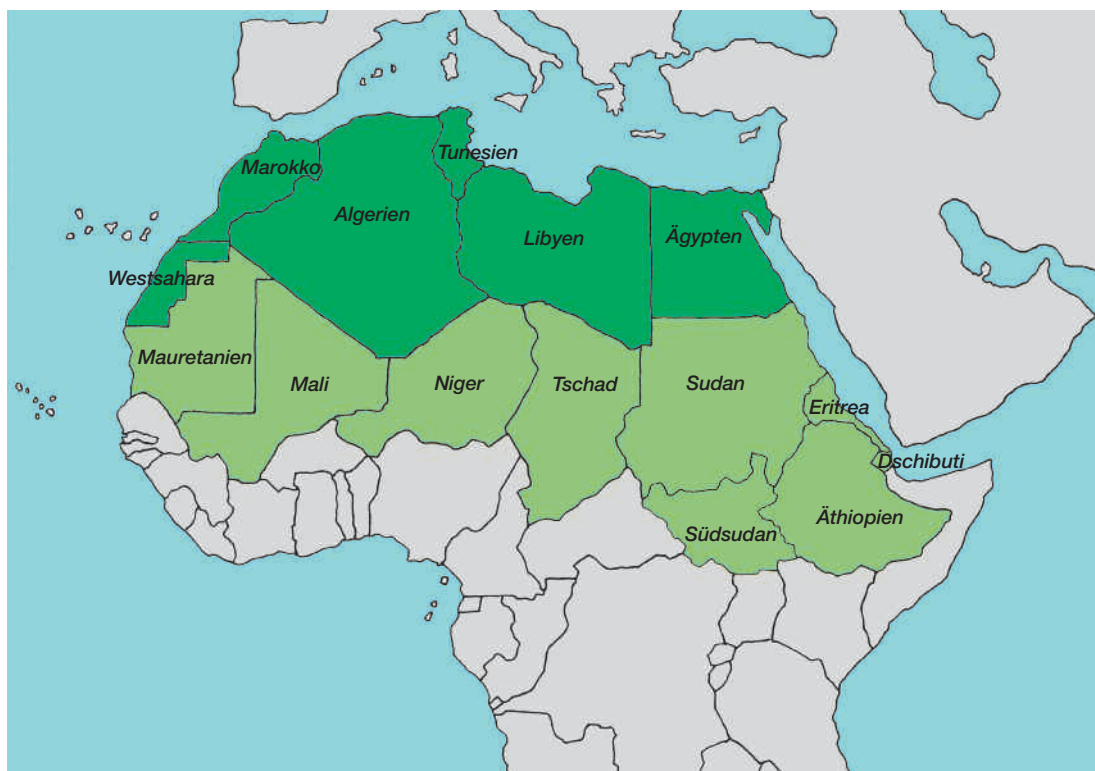
Ausmass und Relevanz der arabischen Revolution erinnern an die Umwälzungen in Osteuropa 20 Jahre zuvor, an den Fall der Sowjetunion und ihrer Satellitenstaaten. Bezüglich Entwicklung führte der sowjetische Zusammenbruch zu einem Paradigmenwechsel mit zwei widersprüchlichen Ergebnissen. Kurzfristig schaffte er das Bewusstsein, dass Entwicklung eng mit Politik verbunden ist und es nicht genügt, armen Gesellschaften einzig mit technischer Unterstützung zwecks Ankurbelung der Wirtschaft zu helfen. Das sowjetische Paradox bestand darin, dass das System, bestehend aus der zweitgrössten Volkswirtschaft und seiner hochstehenden technologischen Kultur – von imposanter Ingenieurskunst bis hin zu Yuri Gagarins Reise ins All – letztlich aus politischen Gründen auseinanderfiel. Der Zusammenbruch der Sowjetunion hinterliess ein Chaos, das nur mit politischen Instrumenten angegangen werden konnte.

Auf die veränderten Bedürfnisse reagierte die Entwicklungsbranche in den 90er-Jahren mit neuen Arbeitsmethoden. Einerseits verfolgte die internationale Hilfe für die post-sowjetischen Länder den

Massenproteste im Februar 2011 vor dem Präsidentenpalast in Kairo



Scott Nelson/NY7/Redux/afif



Zweck, demokratische Staatssysteme aufzubauen: Wie organisiert man transparente Wahlverfahren? Wie verfasst man neue Gesetze, schreibt man eine Verfassung? Wie unterstützt man die Bildung unabhängiger Medien? Die anderen Reformbestrebungen, bei denen westliche Fachleute eine Schlüsselrolle spielten, beschäftigten sich mit dem Übergang von der Plan- zu Marktwirtschaft. Rückblickend ist klar: Zwar wurden neue Marktsysteme geschaffen, doch Demokratien brachten die politischen Reformen keine hervor.

Der Kollaps der Sowjetunion hat längerfristig die Weiterentwicklung des hegemonialen Gedankens zur Folge, dass einzig ein auf freier Marktwirtschaft beruhendes Modell funktioniere. Ab den späten 90er-Jahren war die Integration der Weltmärkte gleichbedeutend damit, dass die post-sowjetischen Wirtschaften auf Rohstofflieferanten für Industriestaaten reduziert wurden. Nicht nur Aserbaidschan und Kasachstan, auch Russland und die Ukraine wurden in diese Rolle gedrängt – ihre industriellen Infrastrukturen zerfielen.

Das schwächste Glied der Kette

Was der UNDP-Bericht verschwiegen, war der Umkehrereffekt von zwei Jahrzehnten neo-liberaler Politik für die sozioökonomische Entwicklung der arabischen Welt. Durch die stete Öffnung der Märkte und die gleichzeitig fehlende staatliche Unterstützung von Landwirtschaft und Industrie, hatten die lokal produzierenden Sektoren keine Chance,

konkurrenzfähig zu sein. Auf dem Weltmarkt waren die arabischen Volkswirtschaften kaum mehr als Öl- und Gaslieferanten, während energiearme arabische Länder zu Exporteuren von qualifizierten Arbeitskräften in die Golfregion oder nach Libyen wurden. Fehlende arbeitsrechtliche Bestimmungen liessen Massen von billigen Arbeitskräften emigrieren.

Die Politik der offenen Türen hinterliess extreme Spuren, darunter eine hohe Arbeitslosigkeit. In den Südprowinzen Saudi-Arabiens erreichte sie 35 Prozent, während das Land gleichzeitig 31 Prozent ausländische Arbeitskräfte beschäftigte.

Ressourcenarme Länder wie Jordanien, Libanon oder Jemen hängen am Tropf der Überweisungen ihrer Migranten in den Golfstaaten, während billige Arbeitskräfte aus Fernost oder Afrika die Heimmärkte überschwemmen. Resultat: Schlecht ausgebildete lokale Arbeitskräfte finden weder zuhause noch im Ausland Arbeit und sind zur Arbeitslosigkeit verdammt.

Die demografischen und strukturellen Veränderungen hatten für die arabischen Volkswirtschaften fatale Folgen. Landreformen und Nahrungsmittel-Souveränität gehörten zu den Hauptversprechen der arabischen nationalistischen Garden – in Ägypten ebenso wie in Libyen und Syrien. Dabei importierte 2009 die arabische Welt die Hälfte ihres Nahrungsmittelbedarfs. Der Sektor wurde mit über 30 Milliarden Dollar subventioniert – nirgends in der Region war die Abhängigkeit von Agrarim-

porten grösser. Ist es da Zufall, dass sich die Finanzkrise von 2008 und der Anstieg der Nahrungsmittelpreise 2010 in der arabischen Welt dramatisch auswirkten?

Gefahr von lähmenden Kämpfen

Die arabischen Revolten unterscheiden sich von den farbigen Revolten Osteuropas auf zweierlei Weise. Einerseits waren sie in Osteuropa nach einem prowestlichen Wertesystem ausgerichtet. Gefordert wurden demokratische Strukturen und eine von Korruption gesäuberte Marktwirtschaft. In Georgien oder der Ukraine wurden die Revolten von reformistischen elitären Kreisen angeführt – oft von Ex-Premierministern – die glaubten, dass prowestliche Reformen nur über Volksaufstände zu realisieren seien; in Tunesien und Ägypten von Jungen, Gebildeten und Arbeitslosen mit starkem Bezug zu neuen Kommunikationsmitteln.

An die Macht kamen in diesen beiden Ländern jedoch die Muslimbrüder, welche als einzige Gruppe politisch organisiert waren. Radikalere, von Al-Quaida beeinflusste Kräfte wie salafistische oder die Dschihad-Gruppen, sind von Libyen bis Jemen und Syrien präsent. Das Aufkommen von radikal islamistischen Strömungen könnte zu Missverständnissen und Konflikten zwischen den arabischen Revolutionen und dem Westen führen. Gleichzeitig könnte die Debatte um die Neuorganisation der politischen Institutionen von den drängenden Wirtschaftsproblemen verdrängt werden und in lähmenden Kämpfen enden.

Dort friedlich, hier gewalttätig

Der andere grosse Unterschied zwischen den farbigen und den arabischen Revolutionen liegt in der Gewalt. Weder beim Sturz von Milosevic in Serbien noch in Georgien und der Ukraine gab es Blutvergiessen. Die Revolution in Libyen jedoch artete in einen Krieg mit ausländischer Intervention aus; das Land ist heute von der Gnade von Befehlshabern abhängig. In Syrien verteidigte das Regime Macht und Privilegien, richtete dafür gar die Waffen gegen die demonstrierende Bevölkerung und geht mit Artillerie und Luftwaffen gegen bewaffnete Rebellen vor. Ganze Städte und Dörfer wurden dem Erdboden gleichgemacht – das gesellschaftliche Gefüge zerbröckelt. Von der anfänglichen Hoffnung der syrischen Rebellen in die Völkergemeinschaft ist, wegen deren Tatenlosigkeit, nichts als Verbitterung geblieben.

Als vor zwei Jahrzehnten die Sowjetunion zerfiel, waren Europa und die USA überzeugt von der Richtigkeit ihres Vorgehens. Seit sich jedoch Europa in einer wirtschaftlichen und sozialen Krise befindet, gibt es sich zögerlich und scheint unfähig,



Frauen demonstrierten von Beginn der arabischen Revolution an mit

seinen südlichen Nachbarn zu helfen. Die Probleme, welche zu den arabischen Revolutionen geführt haben, sind weitgehend das Ergebnis eines massiven sozioökonomischen Scheiterns – der Schlüssel zur Lösung liegt klar in der Politik.

Die arabischen Revolutionen zerlegten ein politisches System, das sich weigerte, den nötigen Wandel herbeizuführen, um der Bevölkerung Arbeitsplätze und Existenzgrundlagen zu schaffen. Ist das Alte einmal zerstört, stehen wir jedoch vor der enormen Herausforderung, ein neues, funktionierendes System aufzubauen. ■

**Vicken Cheterian ist Journalist, politischer Analyst sowie Dozent an der Webster University in Genf und Research Associate an der School of Oriental and African Studies (SOAS) der University of London*

(Aus dem Englischen)

Spontan, abgestimmt und zukunftsgerichtet

Die offizielle Schweiz hat auf die Umwälzungen in Nordafrika schnell reagiert und bereits im März 2011 entschieden, das Engagement in der Region stark auszubauen – insbesondere in Ägypten, Tunesien, Marokko und Libyen. Dabei werden – als Schweizer Exklusivität – humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit aus einer Hand angeboten. Von Mirella Wepf.



Seit dem 17. Dezember 2010 ist in Nordafrika nichts mehr, wie es einst war. An jenem Tag sorgte die Selbstverbrennung eines tunesischen Gemüsehändlers weltweit für Schlagzeilen. Wenige Tage später, am 5. Januar 2011 kam es in Algerien wegen massiv erhöhter Preise für Grundnahrungsmittel zu landesweiten Unruhen. In Ägypten begann der Aufstand am 25. Januar mit dem «Tag des Zorns». Auch in Libyen kam es zu Massenprotesten. Am 18. Februar wurden in Bengasi an einer Demonstration mehrere Dutzend Menschen erschossen, was innert weniger Tage zu einem Bürgerkrieg und schliesslich zum Eingreifen der NATO führte.

Vor den Revolten kaum präsent

Bis zum Ausbruch der arabischen Revolutionen war die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit in Nordafrika kaum aktiv, ist sie doch in der Regel in Ländern mit weit grösserer Armut tätig. Einzig in Marokko engagierte sich die DEZA bereits seit 2008 für den Schutz von Migranten und in der Katastrophenhilfe.

Das Engagement der Schweiz in dieser Region änderte sich jedoch zu Beginn des Jahres 2011 rapide. Bereits im Februar 2011 erarbeitet Burgi Roos, die kurz zuvor ihre Stelle als Leiterin der Abteilung Europa- und Mittelmeerregion angetreten hatte, im Auftrag der DEZA-Direktion ein einfaches Grundlagenpapier für ein Unterstützungsprogramm. Gemeinsam mit Gabriele Siegenthaler Muinde, Leiterin des Teams Nordafrika, und Véronique Bourquin stellte sie die wichtigsten Bereiche zusammen, in welchen die Schweiz mithelfen könnte, etwas aufzubauen. Kurz darauf floss dieses Grundlagenpapier in die Strategie ein, welche der Bundesrat am 11. März verabschiedete.

Wenige Tage später fand die erste Koordinations-sitzung mit fünf Bundesstellen aus drei Departementen statt: Das Staatssekretariat für Wirtschaft SECO war bereits damals in Ägypten und Tunesien mit der Unterstützung von Infrastrukturprojekten und der Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen aktiv; die Abteilung Menschliche

Demonstration der Gewerkschaften gegen Arbeitslosigkeit in Tunesien im Mai 2011

Francesca Oggiano/Invision/afp



Julien Chateaufort

Im März 2011 fliehen Tausende Libyer vor Gaddafis Regime über die Grenze nach Tunesien

Sicherheit der Politischen Direktion des EDA wiederum förderte in Ägypten Menschenrechte und Friedenspolitik. Hinzu kamen das Bundesamt für Migration, die Direktion für Völkerrecht des EDA sowie die DEZA.

Heute ist die Abteilung von Burgi Roos für die Gesamtkoordination innerhalb der Bundesverwaltung verantwortlich. Der Programmschwerpunkt «Demokratische Transition» wird von der Abteilung Menschliche Sicherheit der Politischen Direktion koordiniert, der Bereich «Wirtschaftliche Entwicklung» durch das SECO und der Schwerpunkt «Migration und Schutz» durch das Bundesamt für Migration.

Für die Umsetzung des Unterstützungsprogramms wurden Mittel in der Höhe von rund 57 Millionen Franken jährlich reserviert: rund 4 Millionen für demokratische Transition, 47 Millionen für wirtschaftliche Entwicklung und 6 Millionen für Migration und Schutz. Insgesamt sind es rund 100 Projekte und Initiativen, die unterstützt werden.

Fische und Kanäle in Ägypten

In Ägypten liegt das Hauptgewicht der Aktivitäten im Bereich «Wirtschaftliche Entwicklung und Beschäftigung». Dies liegt unter anderem daran, dass der politische Übergangsprozess mit viel mehr Unsicherheiten verbunden war, als beispielsweise in Tunesien. «Es gab hier zu Beginn wenig klare Anknüpfungspunkte, um im Bereich der Demokratisierung wirksame Unterstützung zu leisten»,

erläutert Gabriele Siegenthaler Muinde. Eine der Möglichkeiten, die dennoch wahrgenommen werden konnte, war die Unterstützung bei den Wahlen.

Die wirtschaftliche Entwicklung wird beispielsweise gefördert, indem zusammen mit der Partnerorganisation WorldFish mit Fischzuchten in fünf Provinzen 10 000 Stellen geschaffen werden sollen, darunter 900 Arbeitsplätze für Frauen im



Samuel Stacey/WorldFish

Mit Fischzuchten sollen in Ägypten 10 000 Stellen geschaffen werden



Moisse Samian/NT/Reuters/lat

Die Schweiz unterstützt in Tunesien unter anderem die Reform des Sicherheitssektors

Sperrung von Geldern

Anfang 2011 hat der Bundesrat umgehend Vermögenswerte gewisser politisch exponierter Personen aus Tunesien, Ägypten und Libyen gesperrt. Nun geht es darum, die Herkunft dieser Gelder gerichtlich zu klären und unrechtmässig erworbene Mittel an die Länder zurückzuerstatten. Tunesien und Ägypten haben inzwischen Rechtshilfeersuchen eingereicht, wovon bereits mehrere an die Bundesanwaltschaft zum Vollzug delegiert worden sind und teils bereits vollzogen werden konnten. Im Falle Libyens präsentiert sich die Lage anders, da die UNO Sanktionen verhängt hat. Gestützt auf das Embargogesetz wurde für dieses Land eine spezielle Verordnung in Kraft gesetzt. Da der Bundesrat für diese Vermögensblockierungen direkt auf die Bundesverfassung (Notrecht) zurückgreifen musste, ist nun ein Gesetz in Planung, welches solche Situationen künftig regeln soll.

Verkauf. Vier bereits bestehende Fischzuchten werden mittels ertragreicherer Fischarten und besseren Fütterungskonzepten optimiert und in der Provinz El-Mineya wird eine Zucht neu aufgebaut. Ein weiteres Projekt befindet sich in Assuan. Dort wurden schon vor Jahrzehnten vom Egyptian Swiss Development Fund im Rahmen eines Entschuldungsprozesses die sogenannten «Schweizer Kanäle» erbaut. Daran kann das neue Projekt teilweise anknüpfen.

Unter anderem erhält ein informelles Quartier neu eine Wasserversorgung, und die Behörden werden dabei unterstützt, die teilweise immensen Wasserverluste im Leitungssystem zu vermeiden. Dabei kann die DEZA auch auf die Expertise des SECO zurückgreifen, welches in Ägypten schon länger präsent ist. Insbesondere mit Projekten im Bereich Wasser, etwa dem Bau von Abwasserreinigungsanlagen oder dem entsprechenden nationalen Politikdialog.

Humanitäre Hilfe und Sicherheit in Tunesien

Das Programm in Tunesien wird von einem schweizerisch-tunesischen Leitungsausschuss koordiniert, der dem tunesischen Ministerium für Investitionen und internationale Zusammenarbeit untersteht. Der Ausschuss arbeitet eng mit weiteren Ministerien zusammen. Die Schweizer Botschaft erhält bei der Umsetzung Unterstützung von

einem Schweizer Programmbüro, welches im Land mit zwei dezentralen Büros vor Ort ist.

2011 stand die humanitäre Hilfe an der tunesisch-libyschen Grenze zuoberst auf der Prioritätenliste. Im Frühling flohen Tausende von Menschen aus Libyen nach Tunesien. An einem einzigen Wochenende trafen damals mehr als 8000 Flüchtlinge in der Stadt Dehiba ein. Unterdessen ist die Schweiz in Tunesien auch in den Bereichen Demokratische Transition und Wirtschaftliche Entwicklung sehr aktiv.

«Insbesondere das Programm Security Sector Reform hat richtiggehend eingeschlagen», erzählt Gabriele Siegenthaler Muinde. Wie in vielen anderen Ländern spielten auch in Tunesien die Sicherheitskräfte bezüglich Repression eine wichtige Rolle. Sie unterlagen bis anhin keiner demokratischen Kontrolle. Der Bund finanzierte dem Schweizerischen Kompetenzzentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte (DCAF) die Startphase in Tunesien. In der Zwischenzeit konnten mit drei Ministerien eine Absichtserklärung unterzeichnet und Schwerpunkte für die operationelle Arbeit definiert werden.

Migration in Marokko

In Marokko engagiert sich die DEZA schon seit 2008. Zum einen in der Katastrophenprävention, besteht doch ein erhebliches Risiko von Erdbeben, Lawinen oder Dürren. Andererseits unterstützt sie in



Samia Mahgoub/UNDP

Stolz zeigen diese Libyerinnen im Juli 2012 bei den ersten freien Wahlen seit 50 Jahren ihre Wahlkarten

Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Migration gestrandete Flüchtlinge aus Ländern der Sub-Sahara.

Dieses Engagement wurde weiter verstärkt, denn Marokko ist ein wichtiger Migrationskorridor. Gabriele Siegenthaler Muinde: «Ein wichtiger Fokus liegt auf dem Schutz von Frauen und Kindern, die von Algerien her ins Land strömen und spätestens an der Grenze Opfer von Menschenhandel und sexueller Gewalt werden.» Doch auch in den Bereichen wirtschaftliche Entwicklung, demokratische Transition sowie Menschenrechte werden die Aktivitäten ausgeweitet. Insgesamt unterstützt die Schweiz in Marokko rund 30 Projekte und Initiativen.

Wahlunterstützung in Libyen

Der mit Abstand kleinste finanzielle Beitrag des Bundes fließt nach Libyen. Dies deshalb, weil einerseits das Land aufgrund seiner Ölvorräte vieles aus eigener Kraft finanzieren kann. Zum andern ist die politische Situation nach wie vor sehr volatil. «Im Moment muss man vorsichtig schauen, was sich überhaupt machen lässt», erklärt Burgi Roos. «Unter Ghaddafi gab es kaum eine Administration im klassischen Sinne. Es gibt deshalb wenig Behördenstrukturen, auf die man aufbauen kann.» Dennoch wird auch in Libyen nach Möglichkeit Hilfe geleistet. So unterstützt die DEZA in Misrata ein Projekt der Caritas zur psychosozialen Be-

treuung von Kindern. 2011 entsandte der Bund mehrere humanitäre Soforteinsatz-Teams. Auch unterstützte er die medizinischen Nothilfeaktivitäten des IKRK und die ersten freien Wahlen 2012.

Einzigartiger Ansatz

Ein länderübergreifendes Thema ist für Burgi Roos und Gabriele Siegenthaler Muinde die Lage der Frauen in Nordafrika. «Die Frauenrechte kommen eindeutig unter Druck», sagt Burgi Roos. Und Gabriele Siegenthaler Muinde ergänzt: «Dass die Gleichberechtigung teilweise durch die ehemaligen First Ladies stark gefördert wurde, macht es nicht einfacher. Derzeit ist zu spüren, dass das Pendel zurückschlägt.» In instabilen Zeiten sei oft zu beobachten, dass wertkonservative Kreise Zulauf bekämen – zumindest für eine Weile.

«In den nordafrikanischen Ländern», sagt Burgi Roos, «fand der gesellschaftliche Diskurs in viel geringerem Masse statt als im Westen. Diesen Weg werden die Länder nun gehen, und das braucht Zeit.» Im Rahmen des Nordafrikaprogramms gibt es denn auch mehrere Projekte, die sich der Gender-Problematik annehmen.

Noch ist es zu früh, die Wirksamkeit des Nordafrikaprogramms generell zu beurteilen. Ein erster Evaluationsprozess ist jedoch bereits angelaufen. Burgi Roos: «In der Entwicklungszusammenarbeit dauert es immer eine Weile, bis die Resultate mess-

Situative Vorgehensweise

Algerien ist im bisherigen Programm des Bundes für Nordafrika nicht miteinbezogen, denn eine grundlegende politische Umwälzung wie in den Nachbarländern fand nicht statt. Im Nahen Osten wiederum ist die Lage seit mehr als einem Jahrhundert immer wieder fragil. Die DEZA aber auch andere Bundesstellen leisten humanitäre Hilfe und versuchen situativ auf die entwicklungspolitischen Herausforderungen zu reagieren. In den besetzten palästinensischen Gebieten geschieht dies mit einem längerfristigen Programm.



Scott Nelson/NYT/Redux/lat

Die Medien und insbesondere Social Media spielten bei den arabischen Revolten – hier im Januar 2011 in Kairo – eine wichtige Rolle

bar werden.» Sie erwartet denn auch einen Prozess, der jahre-, bis jahrzehntelang dauert, doch sie gibt sich zuversichtlich: «Wir sind sicher, dass wir eine gute Wirkung erzielen werden.» Nicht zuletzt habe dies mit der intensiven Zusammenarbeit der verschiedenen Bundesstellen zu tun. «Von externer Seite hören wir oft, dass unsere Herangehensweise – nämlich Humanitäre Hilfe und Entwick-

lungszusammenarbeit aus einer Hand anzubieten und gezielt nach Synergien zu suchen – einzigartig ist.» Und Gabriele Siegenthaler Muinde fügt an: «Dies stärkt nicht zuletzt auch den Auftritt der Schweiz in den Partnerländern.» ■

Alternativen zu Asylgesuchen in Europa

Im Juni 2012 haben sich die Schweiz und Tunesien auf eine Migrationspartnerschaft geeinigt. Bundesrätin Simonetta Sommaruga und der tunesische Aussenminister Rafik Abdesslem haben eine entsprechende Absichtserklärung unterzeichnet sowie ein Abkommen über die Zusammenarbeit im Migrationsbereich und eines über den Austausch von jungen Berufsleuten. In Marokko unterstützt das Bundesamt für Migration ein Projekt zur Wiedereingliederung von Jugendlichen, die vergeblich versucht haben, illegal nach Europa zu gelangen. In Zusammenarbeit mit der Gastronomiekette Mövenpick erhalten sie eine fünfmonatige Ausbildung in der Hotellerie und psychosoziale Betreuung. Parallel dazu wird eine Sensibilisierungskampagne zu den Risiken der Migration realisiert.

Karama! Die arabischen Revolten und ihre Folgen

Das Polit-Forum Käfigturm in Bern zeigt bis Ende Mai mit Unterstützung der DEZA und anderer Bundesstellen die Ausstellung «Karama! Die arabischen Revolten und ihre Folgen». Sie fragt nach den Ursachen der Umbrüche, beleuchtet die Bedeutung von Social Media und zeigt, wo die Länder zwei Jahre nach Beginn der Aufstände stehen. Ausstellung und Rahmenprogramm mit Gästen aus dem In- und Ausland beleuchten, wie die Schweiz auf die Revolten reagiert und ihr Engagement in der Region verstärkt hat. Auch die Auswirkungen der Aufstände auf die Schweiz und die Migration werden thematisiert. Via Social Media können Besucherinnen und Besucher mit Personen in der Region in Kontakt treten. Einige Inhalte der Ausstellung und der Events sind auch online zugänglich. *Ausstellung «Karama! Die arabischen Revolten und ihre Folgen» bis 31. Mai im Käfigturm; www.kaefigturm.ch www.facebook.com/KaefigturmForum*



Johann Pousset/lat

«Es überrascht nicht, dass die Mittelklasse zuerst rebelliert hat»

Die nordafrikanischen Länder sind in den letzten zwei Jahren demokratischer geworden. Sie stehen jedoch weiterhin vor grossen politischen und ökonomischen Herausforderungen. Mirella Wepf hat den renommierten ägyptischen Ökonomen Ahmed Galal um Einschätzungen und Prognosen gebeten.



Leonardi/Contrasto/laif

Für Ahmed Galal haben die ehemaligen Regierungen in den Ländern Nordafrikas, in denen das Volk revoltierte, zu sehr auf Wachstum und zu wenig auf gerechte Verteilung geachtet

«Eine Welt»: Wo sehen Sie die nordafrikanischen Staaten in zehn Jahren?

Ahmed Galal: Die Veränderungen in Nordafrika sind mit dem Wandel in Lateinamerika, Ostasien und Osteuropa in den letzten Jahrzehnten vergleichbar. Dort haben wir gesehen, dass derartige Prozesse jahrelang dauern und nicht linear verlaufen. Ich gehe davon aus, dass wir in zehn Jahren politisch und ökonomisch ähnlich dastehen wie Mexiko, Malaysia, Indonesien oder die Türkei.

Welches sind die wichtigsten Entwicklungen der letzten zwei Jahre?

Die Menschen haben erfahren, dass sie die Macht haben, die Politik mitzubestimmen. Die Wirtschaft erlitt jedoch einen Einbruch – Kosten und Arbeitslosigkeit steigen. Ich rechne mit einer längeren Konjunkturschwäche. Der Aufschwung wird

vom politischen Fortschritt abhängen, von ökonomischen Reformen und von der Hilfe von aussen.

Was erwarten Sie von der Schweiz?

Von der Schweiz erhoffe ich mir Unterstützung des Demokratisierungsprozesses, Wissens- und Technologietransfer sowie die Förderung beruflicher Weiterbildung. Vielleicht gibt es auch Möglichkeiten zur Arbeitsplatzbeschaffung, insbesondere zur Schaffung von KMU. Die Voraussetzungen der einzelnen Länder sind jedoch unterschiedlich, daher ist massgeschneiderte Unterstützung wichtig. Hinzu kommt die Rückgabe allfälliger illegaler Gelder. Dass die Schweiz zahlreiche Vermögenswerte rasch eingefroren hat, wurde sehr begrüsst. Doch nun empfinden die Menschen den komplexen juristischen Prozess für die Rückgabe als langsam.



Ahmed Galal ist Direktor des Economic Research Forum (ERF) in Kairo und ehemaliges Kadermitglied der Weltbank. Der Ägypter hat an der Universität von Boston promoviert, hat zahlreiche Bücher publiziert und ist weltweit vernetzt. Das von ihm geleitete ERF ist ein unabhängiger Forschungs-Thinktank zu Entwicklungsfragen, insbesondere in arabischen Ländern, der u.a. während Jahren vom ehemaligen Staatssekretariat für Bildung und Forschung SBF (ED) sowie von der DEZA unterstützt wurde.



Markus Kirchgesner/afp
Denis Daillex/Alf



Der vielen Arbeitslosen wegen ist die Aus- und Weiterbildung von Arbeitskräften in Nordafrika besonders wichtig

Was könnte die Entwicklung in Nordafrika hemmen?

Der Wandel könnte misslingen, wenn die Politik nicht genügend Fortschritte erzielt oder die unmittelbaren Bedürfnisse der Bevölkerung nicht erfüllt werden. Doch der politische Aufbau wird Zeit brauchen. Die neuen Verfassungen müssen vollendet, Parlamente gewählt, neue Regierungen geformt und parallel dazu Jobs geschaffen werden. Dies bedingt Rechtssicherheit und hohe Glaubwürdigkeit, so dass Touristen, ausländische Investoren und Kapitalgeber angezogen werden. Auch die lokalen Investoren müssen wieder Vertrauen gewinnen. Die Voraussetzungen für Wirtschaftswachstum sind gut, doch das makroökonomische Gleichgewicht muss wiederhergestellt werden und die Kompetenz der Arbeitskräfte muss steigen. Hinzu kommen zeitraubende Reformen im Gesundheitssektor und Bildungswesen. Auch der informelle Sektor darf nicht ausser Acht gelassen werden. Und wir brauchen einen Sozialvertrag, der allen Bürgern gleiche Chancen ermöglicht, harte Arbeit entlohnt und Bedürftige auffängt.

wurde in der Welt stark überschätzt. Bisher erweisen sich die Muslimbrüder als sehr pragmatisch. In Ägypten und Tunesien haben sie erklärt, dass sie einen Staat wollen, der Religions- und Meinungsfreiheit und Rechtsgleichheit garantiert. Zudem ist die sektiererische Religionstrennung in diesen Ländern geringer als anderswo. Beide haben eine Tradition, die Religiosität eher auf das Privatleben beschränkt.

Welches sind ihre wichtigsten Handelspartner?

Die USA und Europa. Zu Asien besteht keine starke Verbindung mit Ausnahme der Türkei, die für Ägypten und Tunesien mit ihrer islamischen Regierung ein starkes Vorbild ist. Russland ist eher politisch als wirtschaftlich wichtig. Der Zugang zu den europäischen Märkten ist zwar durch verschiedene Prozesse, Vereinbarungen und Policies leichter geworden, doch zahlreiche Barrieren sind geblieben. Die Mobilität der Arbeitskräfte ist eingeschränkt und die Investitionsregeln sind ungeklärt.

Sie sind ein Verfechter von Liberalisierungen, um das Wachstum anzukurbeln, warnen aber vor der ungerechten Verteilung des Profits.

Die Ungleichheit ist in Nordafrika weniger gravierend als in Lateinamerika. Aber die ehemaligen Regierungen haben zu sehr auf Wachstum und zu wenig auf gerechte Verteilung geachtet. Hinzu kam die Korruption. Es überrascht nicht, dass die Mittelklasse als erstes rebelliert hat. In Zukunft werden die Regierungen Massnahmen gegen Korruption und für mehr Gerechtigkeit nicht mehr ausklammern dürfen. Bisher sind jedoch erst kleine Schritte in diese Richtung unternommen worden. ■

(Das Interview fand aus produktionstechnischen Gründen bereits im September 2012 statt; aus dem Englischen)

Brennpunkt Arbeitslosigkeit

Eine funktionierende Wirtschaft ist für das längerfristige Gelingen einer Revolution zentral. Die Arbeitslosigkeit ist dabei ein ausschlaggebender Faktor. Offiziell waren 2010 rund 1,4 Millionen Ägypter arbeitslos, gemäss unabhängigen Schätzungen liegt diese Zahl jedoch um ein Vielfaches höher. Nach einer Meinungsumfrage vom April 2012 steht denn auch die Schaffung von Arbeitsplätzen an erster Stelle der Prioritätenliste der Ägypter für die Zeit nach der Revolution, gefolgt von höheren Löhnen, besseren Arbeitsbedingungen sowie einer Verbesserung der Sicherheitssituation im Land. 39 Prozent aller Befragten plädierten für die Schaffung von Arbeitsplätzen als erstes Ziel der Wirtschaftspolitik.

Inwiefern beeinflussen neue Parteien die Wirtschaft?

Parteien tendieren dazu, ökonomische Strategien zu vertreten, die ihnen und ihren Anhängern nützen. Die demokratischeren Regierungsstrukturen werden die Machtinhaber jedoch unter Druck setzen, eine Politik auszuüben, die der breiten Bevölkerung nützt. Die jetzt aufstrebenden Parteien sind sich dessen bewusst. Was teils fehlt, ist die Regierungserfahrung, nachdem man jahrzehntlang in der Opposition agiert hat.

Welchen Einfluss haben Kultur und Religion auf die Entwicklung?

Die politischen Institutionen sind wohl die wichtigste Determinante für den Fortschritt. Sind die politischen Institutionen in Nordafrika einmal gut aufgestellt, wird sich auch der ökonomische Erfolg einstellen. Die Gefahr eines «Clash der Kulturen»

Facts & Figures

Die Staaten Nordafrikas

Historisch ist der Begriff Nordafrika eine Schöpfung der französischen Kolonialverwaltung, die damit ihren Machtbereich rein geographischen umschreiben wollte, der auf lokale Traditionen keine Rücksicht nahm. Die einheimische Bevölkerung hat ihr Gebiet jedoch stets «Maghreb» genannt (*Al Maghrib*: der Westen). Nach heutigem Verständnis umfasst Nordafrika jedoch nicht nur die Staaten des kleinen (Marokko, Algerien und Tunesien) oder grossen (mit Libyen und Mauretanien) Maghreb, sondern auch Ägypten sowie die nördlichen Teile des Sudan. Einige nordafrikanische Länder, vor allem Ägypten und Libyen, werden politisch oft zum Nahen Osten gezählt. Zudem gehört die Sinai-Halbinsel (Teil Ägyptens) zu Vorderasien und ist Teil des Nahen Ostens.



Noeman ASawad/UNDP

Links

Das Entwicklungsprogramm der UNO unterstützt den Übergang zu demokratischen Systemen durch Politikberatung und technische Hilfe. Dazu gehört auch die Beschaffung adäquater Wahlurnen.

www.undp.org

Das Hauptaugenmerk des Geneva Centre for the Democratic Control of Armed Forces (DCAF) gilt der internationalen Sicherheitspolitik sowie dem Sicherheitssektor von Staaten. DCAF fördert dabei die Verbreitung des Prinzips der demokratischen Kontrolle des Sicherheitssektors.

www.dcaf.ch

Das Newsportal des Fernsehsenders Al Jazeera (dt. die arabische Halbinsel) – gegründet 1996 – hat seinen Sitz in Doha, Katar. Im Westen teils als vermeintlich anti-amerikanisch berüchtigt gilt er in den arabischen Ländern als Korrektiv einer von den Regimes domestizierten Medienlandschaft.

www.aljazeera.com

Das Schweizer Engagement in Nordafrika

www.deza.admin.ch (Nordafrika)

Zitat

«Seine Tat war der Funke, der den Flächenbrand entzündet und letztlich die ganze arabische Welt verändert hat. Er ist der Christus unserer Zeit.»

Der in der Schweiz lebende libysche Schriftsteller Ibrahim al-Koni über die Selbstverbrennung des tunesischen Gemüsehändlers Tarek al-Tayeb Mohamed Bouazizi am 17. Dezember 2010.

Missverständnis

«Der Begriff Arabischer Frühling ist ein ungünstiger, weil er uns zu einer strategischen Ungeduld verleitet. Vielmehr müsste man vom Beginn der Umbrüche in der arabischen Welt sprechen. Vom Anfang eines Prozesses also, der uns sicherlich ein bis zwei Jahrzehnte beschäftigen wird.»

Volker Perthes, Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehört der Wandel im Nahen und Mittleren Osten.



Myriam Abdelaziz/Rheutux/afp

Arabische Frauen vor neuen Herausforderungen

(vc) In Tunesien und Ägypten demonstrierten Frauen von Anfang an mit. Als dreifach unterdrückte Opfer – politisch, wirtschaftlich und genderbedingt – hatten sie allen Grund zu revoltieren. Doch der Sturz der alten Regimes allein genügt nicht, um Gerechtigkeit und Gleichheit herzustellen. Die Revolutionen stellen die arabischen Frauen vor neue Herausforderungen. In Tunesien versprach die Islamisten-Partei Ennahda ursprünglich, Frauenrechte zu achten; einmal an der Macht und stärkerem Einfluss der radikalen Salafisten, erweist sich die Lage nur wenige Monate später als eher alarmierend. In Syrien spielten Frauen anfänglich bei der politischen Mobilisierung, Demonstrationen und Sit-ins eine Schlüsselrolle. Als der Konflikt zum Krieg ausartete, wurden sie nicht nur beiseite gedrängt, sondern zunehmend zum Ziel von Gewalt, wurden willkürlich verhaftet und sexuell genötigt. Längst ist nicht mehr klar, ob der Arabische Frühling den Frauen neue Freiheit bringen wird, oder ob sie wieder zu Opfern gemacht werden.

«Hier habe ich keine Zukunft»

Die jüngste Vergangenheit von Honduras ist geprägt von einem politischen Putsch, Drogen, Gewalt, Armut und Landflucht. Vielen bleibt einzig die Hoffnung auf eine bessere Zukunft, sie verlassen ihre Dörfer und lassen sich auf der Suche nach Arbeit und Einkommen an den Rändern der Hauptstadt Tegucigalpa nieder. Von Sandra Weiss*.



Durch die Landflucht vieler Kleinbauernfamilien wuchern an den Rändern von Honduras' Hauptstadt Tegucigalpa die Elendsviertel

Sandra Baquedano erinnert sich noch gut an den Tag im Juni 2009, als der Präsident von den Militärs aus dem Schlaf gerissen und ausser Landes geflogen wurde. Sie sass in ihrer Holzhütte, hoch oben auf einem Hügel über der Hauptstadt Tegucigalpa, und verfolgte auf dem abgeschabten Stoffsofa die Fernsehrichten.

Sie war wütend. Nicht, dass sie den grossspurigen Manuel Zelaya besonders toll gefunden hätte: «Wie alle Politiker hatte er mehr versprochen als gehal-

ten.» Immerhin, das Benzin war billig dank solidarischer Öllieferungen aus Venezuela, und der Mindestlohn war kräftig erhöht worden. Vor allem aber war der linksliberale Zelaya der rechtmässig gewählte Präsident, den die Elite des Landes gerade zum «gefährlichen Kommunisten» erklärt und aus dem Amt geputscht hatte.

«Das war wie eine Ohrfeige für das Volk», sagt Sandra Baquedano, die damals schwanger war und deshalb nicht zusammen mit den Nachbarn auf die

Protestkundgebungen ging. «Zum Glück», meint sie und drückt ihre dreijährige Tochter Genesis fest an sich. Denn fünf Menschen starben in den wirren Tagen nach dem Putsch. Und das Morden hat seither nicht aufgehört.

Kein Strom und Wasser, dafür Hoffnung

Die halbstündige Fahrt von der wuseligen, lauten und abgasverpesteten Innenstadt Tegucigalpas nach Mololoa führt in eine andere Welt: Schlammige Trampelpfade führen durch den Dschungel, modrige Holzhütten balancieren auf halsbreche-



Sandra Weiss (2)



Sandra Baquedano wohnt mit ihrer dreijährigen Tochter Genesis im Barrio Mololoa

rischen Felsvorsprüngen. Halbwüchsige Jungs spielen auf einem staubigen Platz Fussball; alte Frauen schleppen Einkäufe und Wassereimer den Berg hoch. Kein Bus fährt nach Mololoa, die Gemeinschaftstaxis schaffen es grad bis zum Fussballplatz. Aber auch nur in der Trockenzeit. An der Peripherie, wo Stadt und Land planlos ineinander übergehen, lebt Sandra Baquedano.

Vor 14 Jahren kam sie aus dem Landesinneren in die Hauptstadt und baute ihre Hütte auf einem

Stück Land, das ihr nicht gehörte. Ohne Strom, Wasser, Strasse – dafür mit der Hoffnung, Arbeit und ein besseres Auskommen zu finden. So wie hunderttausende Kleinbauern. Landkonflikte, Arbeitslosigkeit und der Verfall der Nahrungsmittelpreise durch die Billigimporte aus den USA nach Abschluss des Freihandelsvertrags 2006 haben die Landflucht verschärft.

Doch auch in der Stadt gibt es nicht genügend Jobs für ungelernete Landarbeiter. Die 30-jährige Sandra konnte immerhin einen Halbtagsjob in einer Putzkolonie ergattern, ihr Vater verdingt sich teilweise als Maurer, ihre beiden Brüder Oscar (22) und Joel (28) haben ebenso wie Sandra die Matura, finden aber trotzdem keine Arbeit und überleben als Strassenhändler. So wie zwei Millionen Honduraner – zwei Drittel der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung.

Möglichst weg in die USA

Bis Mitte des 20. Jahrhundert exportierte Honduras vorab Kaffee, Zucker und Bananen. Viel hinzugekommen ist seither nicht: ein wenig Gemüseexport und die Textilfertigung. Die Plantagenbesitzer, die grossen US-Konzerne Dole und United Fruit, hatten einst so viel Macht, dass sie nach Belieben Präsidenten ein- und absetzten, daher der Begriff «Bananenrepublik». Den Konzernen folgte in den 70er-Jahren die US-Armee, um von dort die mittelamerikanischen Guerillabewegungen zu bekämpfen.

Aus dieser Zeit geblieben ist der US-Stützpunkt in Palmerola – inzwischen umfunktioniert zur regionalen Anti-Drogen-Basis – und ein Botschaftsgebäude, das den Präsidentenpalast des Landes in den Schatten stellt. Wer hier ein- und ausgeht, hat es zu etwas gebracht. Einheimische Politiker reisen sich um das Gehör des amerikanischen Botschafters – und um ein US-Visum. Ein solches zu bekommen ist für Menschen wie Sandra ein Ding der Unmöglichkeit. Alleine die Antragsgebühren belaufen sich auf die Hälfte ihres Monatseinkommens von umgerechnet 230 Franken. Aber manchmal träumt sie schon davon, wie es wäre in den USA.

Zehntausende Honduraner machen sich jedes Jahr auf den mühevollen Weg gen Norden, wo man als Erntehelfer oder Bauarbeiter pro Woche so viel verdient wie in Honduras in einem Monat. Einer ihrer Cousins hat es zweimal versucht, wurde unterwegs von korrupten Grenzbeamten erpresst, von Verbrechern ausgeraubt, wäre fast im Schlaf vom Güterzug gefallen, auf dessen Dach die Migranten Mexiko durchqueren, und wurde schliesslich von US-Grenzschützern aufgegriffen und abgeschoben. Trotzdem will es der 20-Jährige

Honduras in Kürze

Name

Republik Honduras

Fläche

111 890 km²

Hauptstadt

Tegucigalpa

Einwohner

8 Millionen

Durchschnittsalter

21 Jahre

Armut

Rund 60% lebt mit weniger als 1 US-Dollar am Tag

Ethnien

Mestizen 90%
Indianische Ureinwohner:
Chortí, Lenca, Pech,
Miskitos, Tawahka 7%
Afro-Honduraner,
Garifunas, Europäer 3%

Exportprodukte

Bananen, Kaffee,
Edelmetalle





Sandra Weiss

Der Kriminalität wegen sollte man nach 16 Uhr nicht mehr auf die Strasse gehen

nochmal versuchen. «Hier in Honduras habe ich keine Zukunft», sagt er.

Isoliertes Land

In Honduras wechseln sich die Liberale und die Nationale Partei regelmässig an der Macht ab. Beide sind klientelistische Wählervereine, mit denen sich die Elite die Macht und den Zugang zu den staatlichen Töpfen sichert. Der Liberale Manuel Zelaya legte nach seiner Wahl 2006 zwar ein paar Sozialprogramme auf, doch er tastete die Steuerprivilegien und Vetternwirtschaft der Elite nicht an. Erst sein Schulterschluss mit dem venezolanischen Sozialisten Hugo Chavez sorgte für Verstimmung bei Unternehmern, Kirche und etablierten Parteien. Die verbilligten Erdöllieferungen und den Beitritt zum linken Regionalbündnis Alba akzeptierten sie noch zähneknirschend, doch als Zelaya den Mindestlohn erhöhte und mit einer – in der Verfassung verbotenen – Wiederwahl zu liebäugeln begann, wurde er 2009 aus dem Amt geputscht. Der Putsch hat das Land polarisiert, international isoliert und in eine Wirtschaftskrise gestürzt.

Weltweit höchste Mordrate

In Mololoa gibt es hunderte junger Männer wie er. Die meisten haben nach sieben, acht Jahren die Schule abgebrochen, weil kein Geld mehr da war für Uniformen und Bücher, oder niemand, der die pubertierenden Teenies im Zaum hielt. Drei Viertel der Mütter in Mololoa sind alleinerziehend. Die Väter haben sich längst verdrückt, kaum einer zahlt Unterhalt.

«Wir Mütter haben die Wahl, uns entweder um die Kinder zu kümmern oder den Unterhalt der Familie sicherzustellen, beides geht nicht», sagt Sandra resigniert. Die Folgen: Die Jugendlichen gleiten ab in die Kleinkriminalität oder ins Drogenmilieu. Ab 16 Uhr, wenn die Sonne etwas milder wird und sich die Halbstarcken zusammenrotten, sollte man in Mololoa nicht mehr auf die Strasse gehen.

Honduras ist heute das gefährlichste Land der Welt. Nirgendwo werden mehr Menschen ermordet: 86 pro 100 000 Einwohner und Jahr. Ermordet werden Kinder wegen ein Paar Turnschuhen, Busfahrer, die kein Schutzgeld bezahlen wollen, Jugendliche, weil sie einer anderen Gang angehören, Drogendealer eines verfeindeten Kartells, und seit dem Putsch auffallend viele Gewerkschafter, Bauernführer und Journalisten.

Der Putsch isolierte Honduras international bis lange nach den Neuwahlen 2009. Noch dramatischer als die politische war die wirtschaftliche Ausgrenzung: Die mittelamerikanischen Nachbarlän-

der verhängten ein Embargo, die Geberländer froren die Hilfsgelder ein, Venezuela stoppte die günstigen Erdölexporte, Arbeitsplätze gingen verloren, die Benzinpreise verdoppelten sich.

Die Regierung, die 2005 von einem internationalen Schuldenerlass profitiert hatte, nahm neue Kredite auf, die nicht wie vereinbart in die Armutsbekämpfung flossen, sondern vorab laufende Personalkosten deckten. Der Staat ist der grösste Arbeitgeber des Landes, mit Funktionärsposten wird politische Gefolgschaft entlohnt. Inzwischen ist das Land wieder fast gleich hoch verschuldet wie vor dem Schuldenerlass. Und weiterhin leben 60 Prozent der Bevölkerung in Armut.

Drehscheibe des Kokainhandels

Machtvakuum und Wirtschaftskrise spielten den mexikanischen und kolumbianischen Drogenkartellen in die Hände, die in den vergangenen drei Jahren Honduras zu einer der wichtigsten Drehscheiben des Kokainhandels ausbauten. Täglich starten und landen Kleinflugzeuge voller Drogen auf geheimen Pisten im unbesiedelten Norden des Landes; legen Schnellboote an der Karibikküste an, um die aus Südamerika kommende Fracht umzuladen und weiter zu transportieren in Richtung USA, dem grössten Kokainmarkt der Welt.

Per Korruption und Einschüchterung zersetzen die Kartelle den ohnehin schwachen Staat. Polizeichefs werden wegen ihrer Verstrickung ins organisierte Verbrechen entlassen, Bürgermeister in abgelegenen Grenzregionen bauen plötzlich monumentale Denkmäler, während für die Kaffeearbeiter Arbeitskräfte fehlen: Mit dem Umladen von Drogenpaketen lässt sich in einer Nacht so viel verdienen wie in zwei Wochen Knochenarbeit.

Die USA sind besorgt, Honduras könne völlig abgleiten in einen Narco-Staat und haben ihre Militärhilfe aufgestockt. Der konservative Präsident Porfirio Lobo hingegen hat andere Prioritäten: Er puscht seinen Kandidaten für die Wahlen im November 2013 und träumt von einem neuen Flughafen und Modell-Retortenstädten in Freihandelszonen.

Und Sandra Baquedano? Sie träumt von fliessend Wasser, einem richtigen Haus und davon, dass ihre Tochter einmal studieren kann. Politiker sind bei ihr untendurch. Vom Volkszorn profitieren will ein Altbekannter im neuen Gewand: Zelaya. Er hat eine neue Partei gegründet und seine Frau Xiomara Castro zur Präsidentschaftskandidatin gekürt. ■

** Sandra Weiss ist Lateinamerika-Korrespondentin mit Sitz in Mexiko und schreibt u.a. für «Der Bund», «Die Zeit», «Die Welt» sowie «Der Standard» (Wien)*

Aus dem Alltag von...

Jürg Benz, DEZA-Koordinator in Tegucigalpa

Die Bewegungsfreiheit hier ist stark eingeschränkt. Abends wagt sich kaum jemand hinaus, um 21 Uhr sind die Strassen leer gefegt. Honduras hat mit 86 Morden pro hunderttausend Einwohner und Jahr weltweit die höchste Mordrate. Bekommt man die Gewalt nicht in den Griff, werden all die Entwicklungsbemühungen nicht viel fruchten. Deshalb stellen wir diese Thematik künftig vermehrt ins Zentrum unseres Engagements.

Ich wohne im einzigen Hochhaus der Stadt. Dort kann ich direkt in die Tiefgarage fahren – und schon befinde ich mich in einem sicheren Refugium. Mit dem Auto sind es nur 15 Minuten bis zur Arbeit. Unsere Büros befinden sich im gleichen Einfamilienhaus wie jene vom HEKS und vom Schweizerischen Roten Kreuz. Der regelmässige Austausch untereinander ist für alle Seiten befruchtend. Momentan sind wir nur eine kleine Aussenstelle. Die meisten unserer Programme werden vom Zentralamerika-Kooperationsbüro in Managua aus betreut. Weil sich dort auch Administration und Finanzverwaltung befinden, habe ich vergleichsweise wenig Büroarbeit zu erledigen. Künftig werden wir jedoch unsere Programme für Honduras vermehrt von hier aus betreuen. Angesichts der Ge-



«Bekommt man die Gewalt nicht in den Griff, werden all die Entwicklungsbemühungen nicht viel fruchten.»

waltspirale und brennenden Sicherheitsfragen ist es wichtig, vor Ort präsent zu sein.

Am Morgen checke ich zuerst meine Mails. Wegen der acht Stunden Zeitverschiebung gegenüber Bern sehe ich, was tagsüber in der Zentrale gelaufen ist. Heute fuhr ich anschliessend zur Residenz der amerikanischen Botschafterin. Zwei Stunden lang diskutierten dort die in der Gruppe 16 zusammengesetzten Geber über die von der Regierung gesetzten Prioritäten für die kommenden zwölf Monate. Honduras hat ein ausgeprägtes Geber-Koordinationsystem, das nach dem Hurrikan Mitch aufgebaut worden ist und bis heute gut funktioniert.

Am Nachmittag stand ein Feldbesuch auf dem Pro-

gramm. Früher reiste man zu den Bauern und begutachtete dort Karotten und Mais. Daher der Ausdruck. Heute fahre ich – aus Sicherheitsgründen in einem Fahrzeug einer lokalen Partnerorganisation und begleitet von Ortskundigen – in ein armes, gewaltgeplagtes Stadtquartier und besuche ein sogenanntes Taller Popular, wo Jugendliche handwerkliche Fertigkeiten als Schreiner oder Coiffeuse erlernen. Im Rahmen unseres Programms «Pro Joven» unterstützen wir eine Reihe solcher Berufsbildungsinstitutionen, die von NGOs und der Kirche betrieben werden. Leider richtet sich die Ausbildung momentan nicht nach der Nachfrage des Arbeitsmarkts. Deshalb arbeiten wir an einer Verbesserung der Qualität und des Angebots dieser Schulen.

Zurück im Büro erhalte ich Besuch von Vertretern der Galería Nacional de Arte. Sie haben von unserem Kulturprozent gehört, und würden damit gerne 5000 Jugendlichen aus armen Quartieren einen Besuch im Kunstmuseum ermöglichen. Ich glaube allerdings nicht, dass eine einmalige Aktion Wirkung zeigt, weshalb mich das Projekt nicht überzeugt. Wir unterstützen aber regelmässig andere Kulturprojekte, u.a. Theaterproduktionen oder ein Festival über Kultur und Menschenrechte. Gerade in einem Land, wo sich Menschen aus Angst kaum mehr im öffentlichen Raum treffen, ist es aus entwicklungspolitischer Sicht sinnvoll, Kultur zu fördern. Auch wenn diese Projekte keinen direkten Beitrag zur Schaffung von Arbeitsplätzen oder zum Erreichen der Millennium-Entwicklungsziele leisten. ■

(Aufgezeichnet von Gabriela Neuhaus)

Schwerpunkt Sicherheit

Das DEZA-Regionalprogramm Zentralamerika fokussierte bisher auf die Themen Dezentralisierung, wirtschaftliche Entwicklung und Trinkwasser. In der Kooperationsstrategie 2013-2017 ist neu der Klimawandel ein Schwerpunktthema: In der Vergangenheit wurden Nicaragua und Honduras immer wieder von schweren Naturkatastrophen heimgesucht – dies dürfte sich in den kommenden Jahren infolge des Klimawandels noch verstärken. In Honduras engagiert sich die DEZA auf breiter Basis auch für die Förderung der Sicherheit: Sie unterstützt z.B. – in Zusammenarbeit mit der interamerikanischen Entwicklungsbank – die Reform des Sicherheitssektors. Verstärkt werden auch das Engagement für die Schaffung von Perspektiven von armen Jugendlichen sowie Programme für den Schutz der Menschenrechte. www.deza.admin.ch/Lateinamerika www.cooperacion-suiza.admin.ch/america-central

Eine Zukunft für mich und meine Kinder

Ich heisse María del Rosario Barahona, bin 53 Jahre alt und wurde in Nueva Armenia, einer ländlichen Gemeinde im Süden von Tegucigalpa in Honduras, in eine sehr arme Familie geboren. Ich habe zwei Töchter, Sandy Merari (23) und Grecia Lizeth (19). Wegen ihnen kämpfe ich für ein besseres Leben, und ich glaube, dass ich es schaffe.

Meine beiden Töchter studieren an der Universität. Das freut mich sehr, denn ich selber ging nur bis zur fünften Klasse in die Schule. Jeder und jede kann etwas aus seinem Leben machen, wenn man sich Mühe gibt – daran glaube ich. Meine ältere Tochter sagt gar: «Man kann alles erreichen, was man sich vornimmt.»

Die Abschlussfeier meiner Töchter an der Mittelschule war eines meiner schönsten Erlebnisse überhaupt. Es war wie ein Traum, der Wirklichkeit wurde, so sehr hatte ich dafür gekämpft, dass die zwei studieren konnten. Manche Mütter lassen sich entmutigen, aber ich habe immer nach Mitteln und Wegen gesucht, damit meine Kinder die Schule besuchen konnten. Ich kann mich nicht beklagen: Die beiden sind kein einziges Mal sitzen geblieben. Früher fühlte ich mich einsam, weinte und dachte, ich würde es nicht schaffen. Dann fand ich Unterstützung bei einer Gruppe von Müttern hier in der Gemeinde. Wir sprechen über unsere Probleme und über die Pläne unserer Kinder. Ich hatte kein einfaches Leben. Auf der Suche nach einer besseren Zukunft, zog meine Mutter in die Hauptstadt. Ich selber wuchs bei meiner Grossmutter auf. Oft gab es nur wenig zu essen. Mit 14 Jahren kam ich zu meiner anderen Grossmutter, deren Mann Alkoholiker war und der versuchte, sich an mir zu vergreifen. Als ich dies

meiner Mutter erzählte, holte sie mich zu sich zurück.

Seit fast 40 Jahren leben wir in der Colonia San Francisco, einem Quartier am Rande der Stadt. Zuerst mieteten wir eine Wohnung, heute leben wir in einem kleinen Haus, das meine Mutter nach jahrelanger Arbeit gekauft hat. Deshalb muss ich keine Miete bezahlen. Schon als ganz junges Mädchen habe ich gearbeitet. Wegen meiner Behinderung an der linken Hand und am linken Bein fand ich zuerst keinen Job. Und als ich meine Kinder bekam, war ich verzweifelt, weil ich sie nicht einmal mit dem Nötigsten versorgen konnte, und ich trotz Unterstützung meiner Mutter nicht über die Runden kam. So musste ich alle möglichen Jobs annehmen, ging beispielsweise Strassen wischen, nur um das Nötigste an Lebensmitteln kaufen zu können.



María del Rosario Barahona ist alleinerziehende Mutter von zwei jungen Frauen, die gleich wie sie allen Schwierigkeiten zum Trotz ihren Weg gehen. María kämpft trotz einer Behinderung ganz allein dafür, dass die Töchter ihr Universitätsstudium abschliessen können.

Als meine Töchter dann zur Schule gingen, begann ich, selbstgebackene Maistortillas zu verkaufen. Davon leben wir auch heute noch. Die Geschäfte laufen mal gut mal schlecht, weil die meisten Menschen hier sehr arm sind und nicht immer Geld haben. Bleiben mir Tortillas übrig, verschenke ich sie lieber als sie wegzuworfen, denn das würde mir weh tun, schliesslich sind sie der Lohn meiner Arbeit.

Ich investiere jeden Tag etwa acht Dollar und mache rund fünf Dollar Gewinn. Zwei Dollar lege ich für meine jüngere Tochter für die Fahrtkosten an die Uni beiseite. Der Rest muss für alles andere reichen. Obwohl wir in einer Gegend mit einer hohen Verbrechensrate leben und sich arbeitslose Jugendliche, die sich in Banden organisieren, auf der Strasse herumtreiben, ist uns zum Glück noch nie etwas zugestossen. Allerdings sind viele kleine Gewerbetreibende wie ich gezwungen, eine «Kriegssteuer» zu zahlen.

Was ich auch immer für meine Töchter auf mich nehmen muss, mache ich. An ihrer Abschlussfeier an der Mittelschule habe ich entschieden, sie bis zum Ende ihres Studiums zu unterstützen. Um mich selber mache ich mir keine Sorgen: Ich habe meine Töchter gut erzogen und weiss, dass sie für mich da sein werden, wenn ich sie brauche. ■

(Aufgezeichnet von Sandra Maribel Sanchez; aus dem Spanischen)



Keystone/US Fluider

Brücke zur Aussenwelt

Ob Hochwasserwarnung, Verhaltensmassnahmen bei Cholera oder die verzweifelte Situation von Menschen in einem Flüchtlingslager – bei Radio Ergo dreht sich alles um humanitäre Themen. Mit seinem einzigartigen Programm erreicht der Sender täglich Menschen in ganz Somalia und gibt jenen, die sonst nie gehört werden, eine Stimme.



Abdullahi Sa'ad/Radio Ergo



Fahnan Lafoe/Radio Ergo

Ob bei Überschwemmungen oder aus Flüchtlingslagern – die freien Mitarbeiter von Radio Ergo berichten direkt vor Ort mit Reportagen, Texten und Bildern

(gn) «Natürlich habe ich Angst», sagt Abdiaziz Abdinur Ibrahim. In seinem Land ist Journalist ein gefährlicher Beruf. Trotzdem ist für den jungen Somalier klar, dass er bleibt: «Würde ich gehen, wäre hier niemand mehr, der meinen Leuten eine Stimme gibt.»

Aktuell recherchiert Abdiaziz Abdinur Ibrahim über die Gesundheitsversorgung in den Regionen Bay und Bakool im Süden des Landes. Während der grossen Hungerkrise im letzten Jahr, besuchte und befragte er die Menschen in den dortigen Flüchtlingslagern. Sie berichteten über ihre Situation, formulierten ihre Bedürfnisse. «Andere Radiostationen berichten nur über Krieg und Sicherheitsfragen in Somalia», sagt der engagierte Journalist. «Mit meinen Radiobeiträgen kann ich die sozialen Geschichten dahinter publik machen und jene Menschen zu Wort kommen lassen, die sonst nie gehört werden.»

Abdiaziz Abdinur Ibrahim ist einer von 20 freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die regelmässig für Radio Ergo aus Somalia berichten. Seine fertig gestalteten Beiträge schickt er nach Nairobi in die Sendezentrale.

Authentisch und zuverlässig

«Radio Ergo ist einmalig», sagt Produzent Mohamed Garane, der die tägliche Sendung aus einem

Mix von Informations- und Dienstleistungsbeiträgen sowie Reportagen zusammenstellt und die Website mit zusätzlichen Texten und Bildern aufdatiert. Dies vor allem, so Mohamed Garane, weil der Sender auf humanitäre Themen fokussiere und dank seiner professionellen Journalistinnen und Journalisten über einmalige und zuverlässige Informationen verfüge. Diese würden nicht nur von Somalis im In- und Ausland geschätzt, sondern auch immer wieder von Hilfsorganisationen genutzt.

Vor allem aber ist Radio Ergo für viele Menschen in abgelegenen Regionen Somalias die einzige mediale Verbindung zur Aussenwelt. Die Sendrubrik mit den praxisnahen Ratschlägen über Vorsichtsmassnahmen beim Auftreten einer Choleraepidemie sind für diese Menschen ebenso wichtig, wie Hinweise auf Lebensmittel- oder Saatgutaktionen, die von Hilfswerken via Radio Ergo verbreitet werden.

Ein weiteres Beispiel für die wichtige Funktion von Radio Ergo ist die Überschwemmungskatastrophe vom Herbst 2012, bei der dank rechtzeitiger Unwetterwarnung via Kurzwellendienst, verbunden mit verschiedensten Reportagen über Präventionsmassnahmen, Schlimmeres verhindert werden konnte. ■

Humanitärer Sender

Seit 2008 ist Radio Ergo täglich von 8.30 bis 9.30 Uhr mit einem humanitären Programm auf Sendung. Über Kurzwelle erreicht es Hörerinnen und Hörer in ganz Somalia und in den umliegenden Grenzregionen, wo viele somalische Flüchtlinge leben. Die Sendungen wie auch weitergehende Informationen können zudem weltweit über die Website des Senders abgerufen werden. Das Projekt wurde ursprünglich vom UNO-Büro für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) aufgebaut und finanziert. Seit Juni 2011 wird Radio Ergo von der dänischen NGO International Media Support IMS weitergeführt. Die DEZA unterstützt den Sender mit einem Beitrag von jährlich CHF 200 000 und trägt damit zum Schutz von Konflikt- und Katastrophopfer in einem der weltweit fragilsten Kontexte bei. www.radioergo.org/so

Internet-Diagnose in der Steppe

In einem riesigen Land wie der Mongolei arbeiten Landärzte sehr isoliert und sind in schwierigen Fällen oft sich selbst überlassen. Nun haben Schweizer Chirurgen mit Unterstützung der DEZA ein Telemedizinssystem aufgebaut, welches diesen Ärzten beim Diagnostizieren und bei klinischen Entscheidungen hilft. Inzwischen sind alle 21 Provinzspitäler mit den Krankenhäusern in Ulan-Bator über Internet verbunden.

Schweizer Chirurgen «machen Ferien»

Das Swiss Surgical Team (SST) wurde 1999 vom inzwischen verstorbenen Arzt Pierre Tschanz gegründet. Während einer Mongolei-Reise waren dem Westschweizer Chirurgen die gewaltigen medizinischen Material- und Weiterbildungsdefizite in ländlichen Gegenden aufgefallen. Zurück in der Schweiz fand er Kollegen, die bereit waren, das ferne Land zu unterstützen. Heute zählt das SST 30 Mitglieder, darunter Chirurgen, Anästhesisten, Gynäkologen, Pathologen und Krankenpfleger. Jedes Jahr verbringen sie freiwillig drei ihrer Ferienwochen in der Mongolei, halten Vorträge, beraten Landärzte und assistieren bei Operationen. Das SST stellt auch medizinisches Gerät bereit. Ausserdem nimmt es regelmässig junge mongolische Ärzte mit einem Stipendium der Eidgenossenschaft für ein sechsmonatiges Praktikum in einem Schweizer Spital auf. www.swiss-surgical-team.org



Sainshand, Hauptstadt der Provinz Dorno-Gobi, liegt im Süden der mongolischen Wüste Gobi

(jls) Ein Grossteil der mongolischen Landbevölkerung lebt als nomadisierende Viehzüchter. Wegen der grossen Distanzen haben diese nur sehr eingeschränkt Zugang zu Ärzten und Spitalern. Zwar gibt es in jedem der 21 *Aimags* (Provinzen) ein Spital, doch bis zum nächst gelegenen reisen Kranke meist mehrere hundert Kilometer – einige *Aimags* sind flächemässig drei- oder viermal so gross wie die Schweiz. Die Spitaleinrichtungen wiederum sind dürftig, und das Personal oft wenig erfahren, da der Staat die jungen Ärzte in die Provinz schickt.

«Bei komplexen Fällen sind diese Ärzte handlungsunfähig. Und weil sie keine Spezialisten konsultieren können, schicken sie den Patienten in die Hauptstadt. Doch der Weg dahin ist weit, kost-

spielig und für die Kranken äusserst beschwerlich», erklärt Beat Kehrer, Leiter der Organisation Swiss Surgical Team (SST), die seit 13 Jahren in der Mongolei tätig ist. Die Stadt Ölgii, Hauptort eines *Aimags* im Westen des Landes, liegt beispielsweise 1636 Kilometer von Ulan-Bator entfernt. Eine Reise dorthin dauert drei bis vier Tage in überfüllten, auf Naturstrassen fahrenden Bussen.

Experten im Kontakt mit Ärzten vor Ort

«Wir haben uns gefragt, wie die Isolation unserer jungen Kollegen überwunden werden kann und fanden als beste Lösung dafür die Telemedizin», erinnert sich der St.-Galler Chirurg. Im Auftrag des SST stellte die deutsche Firma Klughammer zuerst das Telemedizinssystem MonTelNet bereit. Als

Basis diente ein Computerprogramm, welches vom Institut für Pathologie des Basler Universitätsspitals entwickelt worden ist. Darauf wurde die interaktive Internetplattform CampusMedicus für Gesundheits-Fachleute eingerichtet, auf welcher Bilder ausgetauscht, Diskussionen geführt oder Videokonferenzen abgehalten werden können. Das System wurde 2008 eingeführt, die DEZA finanzierte zwei Drittel des Projekts. Nach und nach wurden alle Provinzspitäler und sieben Spezialkliniken der Hauptstadt an den CampusMedicus angeschlossen. Die Fäden laufen an der mongolischen Hochschule für Gesundheitswesen zusammen. Klughammer lieferte den Spitälern der Aimag alles erforderliche Material: Computer, Bildschirme sowie die Geräte, mit denen sich Patientenbilder oder Laborwerte via Internet übermitteln lassen. Dafür braucht es eine Videokamera, ein mit einer Digitalkamera verbundenes Mikroskop sowie ein Programm zur Digitalisierung von Röntgenbildern.

Fachmeinung innert 15 Minuten

Der Provinzarzt zeigt auf der Plattform zum Beispiel ein Mikroskopbild von Tumorgewebe oder die Röntgenaufnahme einer Fraktur. Die Experten in Ulan-Bator studieren die Bilder, stellen eine Diagnose und beschreiben die vorzunehmende Therapie oder Operation. Eine Viertelstunde später sind ihre Befunde auf CampusMedicus verfügbar. Haben die Experten Zweifel, können sie internationale Spezialisten konsultieren. Denn die SST-Mitglieder sowie immer mehr Ärzte auf der ganzen Welt sind an das System angeschlossen. Ob sie nun in der Schweiz, Deutschland oder den USA arbeiten: Alle sehen dieselben Bilder, Videosequenzen oder Dokumente und reagieren schriftlich oder über Videokonferenz.

Seit Anfang 2009 sind um die 25 000 Patientendossiers begutachtet worden. Rund 290 mongolische Ärzte benützen das System, welches den Zugang zu medizinischen Dienstleistungen auf dem Land wesentlich verbessert hat. Die Zahl der Überweisungen nach Ulan-Bator hat um fast die Hälfte abgenommen; die Kranken sparen also viel Zeit und Geld.

Diagnose aus 7000 Kilometer Entfernung

Dank der Telemedizin werden nun auch mongolische Säuglinge auf eine Hüftgelenkdysplasie hin untersucht. Die angeborene Fehlbildung ist leicht zu behandeln, sofern sie früh entdeckt wird. Später ist eine heikle Operation erforderlich. 2011 haben die Spitäler in Ulan-Bator rund 9000 Säuglinge untersucht, von denen rund 1300 Fehlbildungen aufwiesen. Anfänglich unterbreiteten die

mongolischen Kinderärzte die Ultraschallbilder ihren Schweizer Kollegen. Inzwischen können sie diese selbst interpretieren.

Die kleine Anujin ist eines der 1300 Babys, bei denen die Ultraschalluntersuchung ein Problem nachweisen konnte. Nachdem sie die Ärzte behandelt haben, sind ihre Hüften nun völlig normal. Ihre Mutter ist sehr erleichtert: Sie selber leidet, genauso wie ihre eigene Mutter, auch an Dysplasie und befürchtete, dieses Leiden an ihre Tochter weiterzuvererben.



Ärzte aus Provinzspitälern bei der Telemedizin-Ausbildung

Bald in mongolischen Händen

Ein weiteres Schlüsselinstrument von CampusMedicus ist der Fernunterricht via Videokonferenzen, virtuelle Seminare oder auf schriftlichem Weg. Experten aus aller Welt unterrichten damit Provinzärzte und bieten so Ersatz für fehlende Weiterbildungsmöglichkeiten auf dem Land.

Im Juni 2013 schliessen DEZA und SST ihr Projekt ab und überantworten das MonTelNet-System dem mongolischen Gesundheitsministerium. Bis dann werden auch die Krankenstationen in den Dörfern angeschlossen sein. «Unser Ziel ist nicht, unbegrenzt zu bleiben. Wir haben die Telemedizinstruktur aufgebaut und die Benutzer ausgebildet. Die mongolischen Ärzte sind absolut fähig, sie zu verwalten und zu unterhalten», versichert Dr. Kehrer. Doch auch künftig werden die SST-Mitglieder ihre medizinischen Meinungen weitergeben – nun aber nurmehr als Plattformnutzer. ■

(Aus dem Französischen)

Lösung für abgelegene Regionen

Telemedizin ist in Entwicklungs- oder Transformationsländern, insbesondere der hohen Ausrüstungskosten wegen, noch wenig verbreitet. Die Mongolei ist eines der ersten Länder mit einem landesweit funktionierenden Netz. Die für die spezifischen Bedürfnisse mongolischer Ärzte entwickelte CampusMedicus-Plattform hat auch das Interesse anderer Länder mit ähnlichen Problemen geweckt. Sie wird insbesondere in Armenien, Simbabwe, Äthiopien, Tansania, Nigeria, Malawi und Pakistan eingesetzt. Mehrere Dutzend Spezialisten aus aller Welt sind an die Plattform angeschlossen und teilen ihr Wissen mit Ärzten ohne Spezialistenausbildung.

Einblick DEZA



Ohne Sicherheit keine Entwicklung

(jtm) In Honduras hat sich die Mordrate in den letzten 5 Jahren verdoppelt auf den weltweiten Höchstwert von 86 Mordfällen pro 100 000 Einwohner. Die Gewaltbereitschaft kostet nicht nur Leben, sie unterhöhlt auch die Entwicklung: Entgegen dem lateinamerikanischen Trend stagniert in Honduras die Armutsreduktion, und das Wachstum ist gering. Die DEZA reagiert auf die desolante Lage mit einem verstärkten Engagement in der Gewaltprävention. Kernstück des neuen Sicherheitsprogramms ist die Beteiligung an einer umfassenden mehrjährigen Reform der als korrupt geltenden Polizei. Die Institution wird von kriminellen Elementen gesäubert und vermehrt für vorbeugende statt bloss für repressive Aufgaben trainiert. Der Aufbau eines internen Kontroll- und Sanktionensystems und die Umsetzung von Plänen zur Gewaltprävention in stark betroffenen Städten sind weitere Pfeiler der Reform, welche von der honduranischen Regierung unterstützt wird und dieses Jahr anläuft.

*Projektdauer: 2012 bis 2015
Budget: 7 Mio. CHF*

Kriegstraumata in Bosnien

(mpe) Kriege fordern nicht nur Menschenleben, Körperverletzungen und Infrastrukturschäden. Sie greifen auch die

psychische Verfassung der Betroffenen an. In Bosnien leidet ein grosser Teil der Bevölkerung an posttraumatischen Störungen. Die gesellschaftlichen Folgen sind gravierend und widerspiegeln sich in einer unüblich hohen Rate an Suiziden sowie bei Mordfällen und Gewalttaten psychisch gestörter Menschen. Sitten die Gewalttäter ihre Strafe ab, vermag das Land jedoch die benötigten Behandlungen nicht sicherzustellen. In Zusammenarbeit mit dem Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) unterstützt die DEZA deshalb den Aufbau eines gerichtspsychiatrischen Instituts in Sokolac in der Serbischen Republik Bosniens. Rund 200 Strafgefangene erhalten damit eine geeignete psychologische Betreuung. In Bosnien ist es das erste Mal überhaupt, dass man sich diesem Phänomen widmet. Die Schweiz verfügt dort bereits über einige Erfahrung bei der psychischen Gesundheit, laufen doch zurzeit noch weitere Projekte in diesem Bereich.
*Projektdauer: 2012 bis 2013
Volumen: 1,34 Mio. CHF*

Zweite Chance für junge Nigrer

(bm) Trotz allen erreichten Fortschritten bleibt der Zugang zu Bildung in Niger problematisch. Die Bevölkerung wächst mit 3,3 Prozent pro Jahr stark, mehr als ein Viertel der Kinder gehen nicht



zur Schule, und der Anteil der Schulabbrecher ist sehr hoch. Der Unterricht selber leidet ebenfalls unter Qualitätsmangel. Die DEZA unterstützt nun informelle Bildungsprogramme, um die wirtschaftlich-gesellschaftliche Integration nicht oder nur teilweise geschulter Kinder und Jugendlichen zu erleichtern. Durch das Projekt sollen besonders benachteiligte junge Nigrer Kompetenzen auf zwischenmenschlicher, beruflicher und gesellschaftlicher Ebene erwerben oder entwickeln. Gleichzeitig können sie fehlenden Schulstoff nachholen. Diese zweite Chance soll es ihnen ermöglichen, entweder in die Regelschule zurückzukehren oder – wenn sie schon älter sind – leichter einen Platz in der lokalen Wirtschaft zu finden.

*Projektdauer: 2012 bis 2016
Volumen: 6 Mio. CHF*

Saubere Backsteinproduktion

(bm) In Ruanda und in Burundi leben über 80 Prozent der Bevölkerung von der Landwirtschaft. Demografische Entwicklung und zunehmende Verstädterung haben die anbaubare Fläche allerdings beträchtlich reduziert. Viele Jugendliche vom Land wandern deshalb in den Bausektor ab, wo sie – und während der Trockenzeit auch die Bauern – bei Backsteinfabrikanen eine wichtige Einnahmequelle finden. Die Herstellung von Backsteinen verschlingt jedoch enorm viel Brennholz, was sich in starker Entwaldung niederschlägt. Um diese umweltschädliche Energieproduktion zu ersetzen, fördert die DEZA die Entwicklung neuer und effizien-

terer Technologien zur Herstellung von Baumaterialien. Darüber hinaus will sie die Arbeitsbedingungen in dieser Branche verbessern, besonders diejenigen von Frauen. Das Projekt fördert die Schaffung von Arbeitsplätzen sowie das Einkommen der Landbevölkerung; Berufsbildung und Unternehmensförderung sind dabei zwei weitere wichtige Aspekte.
*Projektdauer: 2012 bis 2015
Volumen: 9 Mio. CHF*

Tödlicher Durchfall in Nordkorea

(ung) Die fehlende Qualität von sanitären Anlagen und Wasser führt in Nordkorea immer wieder zu grossen Problemen. Zahlreiche Kinder sterben wegen kaum vorhandener sanitärer Infrastrukturen und dem beschränkten Zugang zu Trinkwasser an schweren Durchfallerkrankungen. Die DEZA unterstützt den Bau neuer Anlagen zur Trinkwasserverteilung und zur sanitären Grundversorgung. Das Projekt konzentriert sich zunächst auf die Bezirke Pyongwon sowie Kangdong und soll die Bedürfnisse von 435 Haushalten und 17 öffentlichen Gebäuden abdecken. Am Ende sollen mehr als 30 000 Menschen davon profitieren. Die DEZA arbeitet dabei eng mit den betroffenen Ministerien und bereichsspezifischen internationalen Organisationen zusammen.
*Projektdauer: 2012 bis 2013
Volumen: 610 000 CHF*

Wasser für alle – ein Geschäft für Private?

Der Druck auf die weltweiten Wasserreserven nimmt zu. Intensivlandwirtschaft und Industrieproduktion verbrauchen immer mehr Wasser. Sauberes Trinkwasser ist vielerorts bereits Mangelware. Umso drängender stellt sich die Frage, wie das begehrte Gut gerecht verteilt und das Menschenrecht auf Wasser und Sanitärversorgung verwirklicht werden kann. Von Gabriela Neuhaus.



Sven Torfnyvälf

Im Gegensatz zu diesen Menschen an einer Wasserpumpe im Südsudan haben noch immer 900 Millionen Menschen keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser

Der weltweite Wasserkonsum hat sich in den letzten 50 Jahren verdreifacht. Die steigende Nachfrage, bei knapper werdenden Ressourcen, verspricht Milliardenengeschäfte. Die Schweizer Investmentgesellschaft SAM schätzt in ihrer Studie «Zukunftsmarkt Wasser», dass für die Bereitstellung, Aufbereitung und Reinigung von Wasser jährlich über 480 Milliarden US-Dollar ausgegeben werden.

Allerdings ist Wasser kein x-beliebiger Rohstoff, mit dem auf Kosten der Menschen Geschäfte gemacht werden können. Wasser ist die Grundlage jeglichen Lebens und muss für alle zugänglich sein. Seit 2010 ist dies in der UNO-Resolution über das Menschenrecht auf Wasser und Sanitärversorgung rechtlich verankert. Ein Postulat, das von den Industriestaaten und Wirtschaftskreisen lange bekämpft worden war.

Heute ist dieses Menschenrecht unbestritten. Trotzdem haben nach wie vor 900 Millionen Menschen keinen Zugang zu sicherem Trinkwasser, gut ein

Drittel der Weltbevölkerung verfügt nicht über genügend sanitäre Einrichtungen. Angesichts des massiven Drucks auf die Wasserreserven, dürfte sich die Situation in den kommenden Jahren verschärfen.

Wasser als Ganzes schützen

Die Schweizer Wasserexpertin Rosmarie Bär, die bereits in den 1990er-Jahren die Initiative für eine internationale Wasserkonvention lanciert hatte, stellt klar: «Wasser muss als Ganzes geschützt werden – sonst kann das Menschenrecht nicht erfüllt werden.» Und François Münger, bei der DEZA verantwortlich für den Bereich Wasser, führt aus: «Die Wasserkrise fordert das Engagement aller Akteure. Dazu gehören internationale Organisationen, NGOs, die öffentliche Hand, die Wissenschaft und die Privatwirtschaft.»

Im Rahmen des Globalprogramms Wasser hat sich die DEZA deshalb zum Ziel gesetzt, den Dialog



Sven Torfinn/afif

Die Wasserkrise

Die Übernutzung von Wasserreserven, Umweltverschmutzung und Klimawandel sind nur drei Faktoren, die in den kommenden Jahren zu einer weiteren Verschärfung der Wasserkrise führen werden. Klima- und Wasserexperten gehen davon aus, dass ohne drastische Gegenmassnahmen im Jahr 2025 zwei Drittel der Weltbevölkerung in Regionen leben, die unter Wassermangel leiden. Vom weltweiten Wasserverbrauch schlägt die Siedlungswasserwirtschaft allerdings gerade mal mit 8 Prozent zu Buche. 70 Prozent fließen in die Landwirtschaft, 22 Prozent in die Industrie. Vor dem Hintergrund der schwindenden Wasserreserven steht die Umsetzung des Menschenrechts auf Wasser und Sanitärversorgung vor einer doppelten Herausforderung: Damit die beschränkt zur Verfügung stehenden Ressourcen für alle reichen, braucht es dringend einen sorgfältigeren Umgang und eine nachhaltigere Nutzung des kostbaren Rohstoffs Wasser.

zwischen den verschiedenen Interessensgruppen zu fördern. Zudem will man mit neuen Ansätzen Bewegung in die Wasserproblematik bringen. Eine Studie soll zeigen, wie mit Wassergutschriften, analog den Klimazertifikaten, ein Beitrag zur Reduktion der weltweiten Wasserverschwendung geleistet werden könnte.

In Kolumbien und Vietnam berät die DEZA Schweizer Unternehmen wie Nestlé oder Holcim und nationale Firmen methodologisch bei der Erfassung und Reduktion des «Wasserfussabdruckes» im Betrieb ihrer Anlagen und der gesamten Wertschöpfungskette. Diese DEZA-Investition (1 Prozent des DEZA-Gesamtwasserbudgets) in Beratungsdienstleistungen für die Industrie und nationale Institutionen wird ergänzt durch die Unterstützung der Entwicklung einer Water-Footprint ISO-Norm unter Schweizer Leitung. Solche Partnerschaften mit der Privatwirtschaft sind allerdings umstritten. «Steuergelder und der gute Ruf der DEZA dürfen nicht für die Unterstützung multinationaler Firmen missbraucht werden», kritisiert Nicole Werner, die bei Alliance Sud das Dossier Wasser betreut.

Öffentliche kontra private Wasserversorgung

Besonders unter Beschuss steht privatwirtschaftliches Engagement bei der Bereitstellung von Trinkwasser. «Wasserversorgung ist eine öffentliche Aufgabe, die nicht in die Hände von gewinnorientierten privatwirtschaftlichen Unternehmen gehört», sagt die kanadische Menschenrechts- und Wasseraktivistin Maude Barlow, die 2005 mit dem alternativen Nobelpreis ausgezeichnet worden ist. In der Vergangenheit sorgten Misswirtschaft und Korruptionsfälle, in die internationale Konzerne der Wasserwirtschaft involviert waren, wiederholt für negative Schlagzeilen, die allerdings von den verschiedenen Akteuren unterschiedlich interpretiert werden. Fakt ist: Private müssen Profit erwirtschaften, während Unternehmen der öffentlichen Hand die Einnahmen aus den Wassergebühren vollumfänglich in den Ausbau und Unterhalt ihrer Betriebe investieren können.



Brand Jeonmann/afif

Neben öffentlichen Wasserversorgern (links in Kenia) bekunden auch multinationale Konzerne Interesse am Menschenrecht auf Wasser

Trotzdem fördert die Weltbank weiterhin öffentlich-private Partnerschaften – sogenannte PPP – im Wasserbereich. Dabei behält der Staat die Oberaufsicht über das Wasser, während die Wasserversorgung an Private ausgelagert wird.

«Wir sind bloss Ausführende und richten uns nach dem Pflichtenheft und den Tarifbestimmungen unserer Auftraggeber», kontert Gérard Payen, Präsident der internationalen Dachorganisation des privaten Wassersektors Aquafed, die Kritik an PPPs. Der Vorteil einer Partnerschaft mit Privatunternehmen sei, dass diese auf einem verbindlichen Vertrag basiere, was bei öffentlichen Dienstleistern oft nicht der Fall sei.

Regulierung und Kontrolle behalten

«Die Meinung, dass eine Regierung die Wasserversorgung nicht an den Privatsektor delegieren kann, ist ein weitverbreitetes Missverständnis oder eine ideologische Interpretation des Menschenrechts auf Wasser und sanitäre Grundversorgung», sagt François Münger. «Tatsache ist, dass die Regierung Wasserdienstleistungen an Gemeindebehörden, die Zivilgesellschaft oder den Privatsektor abtreten kann, aber immer für deren Regulierung und Kontrolle verantwortlich bleibt.»

Entscheidend sei, wer die Verantwortung trage, bestätigt Urs Manser vom Schweizerischen Verein des Gas- und Wasserfaches SVGW. Allerdings sieht er im Schweizer Modell, wo der Wassersektor grösstenteils Teil in öffentlicher Hand ist, klare Vorzüge: «Grosse Konzerne haben eine starke Verhandlungs-



Guillaume Bonnylaif

Lausanne und 14 weitere Schweizer Gemeinden engagieren sich für eine bessere Wasserversorgung in der mauretani- schen Hauptstadt Nouakchott

macht, der eine einzelne Gemeinde oft nicht gewachsen ist.»

In der Schweiz liegt die Verantwortung für die Sicherstellung der Wasserversorgung bei den Gemeinden. Auch private Versorger sind an das Kostendeckungsprinzip gebunden und dürfen keinen Gewinn machen. Die zentrale Herausforderung liege nicht im technischen Bereich, sagt Manser, sondern in der Organisation einer nachhaltigen Bewirtschaftung.

«Das Ganze ist nicht zuletzt ein Gouvernanzproblem», sagt auch Rosmarie Bär und fordert, dass die Entwicklungszusammenarbeit darauf fokussiert, die öffentliche Hand beim Aufbau und Betrieb einer effizienten Wasserversorgung zu unterstützen. Und die Menschen über ihre Rechte aufzuklären.

Kritische Verflechtungen

Auch Maude Barlow wünscht sich von Agenturen wie der DEZA, dass diese das Modell der staatlichen Selbstverantwortung weitervermitteln. «Die Schweiz könnte dabei ihr vorbildliches System in Form von öffentlich-öffentlichen Partnerschaften weitergeben», sagt sie. So unterstützt etwa die Stadt Zürich seit Jahren die chinesische Metropole Kuning in direkter Partnerschaft, und Lausanne engagiert sich, gemeinsam mit vierzehn weiteren Gemeinden, für die Verbesserung der Wasserversorgung in der mauretani- schen Hauptstadt Nouakchott. Mit der Solidaritätsplattform Solidarit'Eau Suisse, wo sich Gemeinden für Solidaritätsprojekte im Süden verpflichten können, habe man ein Instrument, sagt

François Münger, das sich für den Ausbau solcher direkter Zusammenarbeit bestens eigne.

Grosses Interesse am Menschenrecht auf Wasser bekunden aber auch multinationale Konzerne. Dazu gehören, nebst Unternehmen aus der Wasserwirtschaft, Investmentgesellschaften und Lebensmittel- und Getränkehersteller wie Nestlé oder Coca-Cola. Als Produzenten von Flaschenwasser profitieren letztere allerdings von fehlenden oder maroden Wasserleitungen. Deshalb sind kritische Fragen angebracht, wenn die 2030 Water Resources Group WRG, der u.a. die beiden Konzerne Syngenta und Nestlé angehören, Regierungen von Schwellen- und Entwicklungsländern in Sachen Wasserpolitik berät. Deren Präsident, Nestlé VR-Präsident Peter Brabeck, profiliert sich weltweit als Wasserexperte. Gérard Payen, Präsident von Aquafed und langjähriger Direktor des Wasser- und Umweltkonzerns Suez, ist offizieller Wasserberater von UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon. Mit solchen Engagements wollen die Vertreter der Konzerne einer Umsetzung der UN-Resolution Vorschub leisten, die ihre Geschäftsziele befördert. Umso wichtiger ist es, dass Menschenrechtsorganisationen und Entwicklungsagenturen in solchen Gremien ein Gegengewicht setzen. Damit bei der Umsetzung des Menschenrechts auf Wasser einer Politik zum Durchbruch verholfen wird, die das Wohl der Menschen in den Mittelpunkt stellt. Und nicht den Profit von Multinationalen und ihren Aktionären. ■

Weltweiter Dialog

Zwar gibt es keine zentrale Instanz, dafür ungezählte Plattformen und Netzwerke, die sich mit der Wasserproblematik beschäftigen. Dabei zieht sich ein tiefer Graben zwischen den Menschenrechts- und Basisorganisationen, die sich für die Anerkennung von Wasser als öffentliches Gut einsetzen und jenen Interessensgruppen, für die Wasser ein Marktobjekt ist. Die Schweiz engagiert sich im internationalen Politikdialog stark für die Suche nach gemeinsamen Lösungen. Auf nationaler Ebene hat die DEZA zudem die Plattform Solidarit'Eau Suisse initiiert, die Schweizer Wasserversorger mit Projekten aus dem Süden verlinkt. Mit ihrer jüngsten Initiative, der Swiss Water Partnership, will sie die verschiedenen Interessensvertreter aus dem Wasserbereich an einen Tisch bringen. Das Spektrum der Mitglieder reicht von NGOs über Forschungsinstitute bis zu Vertretern der Privatwirtschaft.

www.solidariteausuisse.ch
www.swisswaterpartnership.ch

«Leg nicht alle Eier in den gleichen Korb»

Für Boru Helleke, einen Hirten aus der Borana-Hochebene in Äthiopien, ist nichts mehr, wie es einst war. Seit 1999 wird das Land von harten Dürreperioden heimgesucht. Boru überstand sie alle. Am schlimmsten war jene von 2005/06, die seine Zucht-tiere dahinraffte. Wenigstens gelang es ihm, einige Tiere rechtzeitig zu verkaufen. Mit dem Geld konnte er eine neue Herde aufbauen. Seine Frau Amina, Mitglied der lokalen Frauen-Viehzuchtgenossenschaft, verbessert das Familieneinkommen mit der Aufzucht von Kleinvieh, das sie ins Hinterland verkauft. Boru baut auch Mais an, allerdings liegen die Chancen auf eine Ernte bei gerade mal sechs Prozent. «Leg nicht alle Eier in den gleichen Korb», sagt er, «so bleibt das Risiko überschaubar.» Heute besitzt die Familie drei Kameldamen, 70 Rinder, 45 Schafe und Ziegen. Seine beiden Kinder gehen im nächstgrösseren Ort zur Schule. Boru lebt genau wie viele andere Hirten- und Bauernfamilien in den Trockengebieten Äthiopiens.

Rund 2 Milliarden Menschen, das ist fast ein Drittel der Weltbevölkerung, leben auf rund 40 Prozent der weltweiten Trockengebiete. In Afrika leben rund 325 Millionen Menschen in Trockengebieten. Obschon in Afrika schon die Vorfahren eines Grossteils der Bevölkerung Hirtentum betrieben, ist dieses alles andere als statisch. Die Hirten passen sich neuen Trends, wirtschaftlichen Möglichkeiten und neuen Kommunikationsmitteln an. Die von den Viehhirten genutzten Gebiete machen einen grossen Teil des Landes aus. Viehzucht und damit einhergehende Tätigkeiten tragen zu mindestens 50 Prozent der Marktproduktion und der Eigenversorgung bei. Überdies bietet die Viehzucht nach wie vor die beste Möglichkeit, den grösstmöglichen Nutzen aus den nur spärlich vorhandenen Biomasse-Ressourcen zu ziehen. Diese wiederum werden durch das Hirtentum geschützt.

Bei gleichen Bedingungen ist die direkte Produktion der Hirtenwirtschaft zwei- bis zehn-

mal produktiver als diejenige der industriellen Viehwirtschaft. Das Hirtentum leistet somit einen wichtigen Beitrag zur Volkswirtschaft und generiert willkommene Exporterlöse. Viehhirtentum ist vielschichtig. Einige Gemeinschaften bleiben monatelang in ihren Dörfern und ziehen mit den Herden erst los, wenn das Wasser zur Neige geht und die Weideflächen abgegrast sind. Andere sind mit ihren Herden ständig unterwegs. Die Vielfältigkeit afrikanischer Hirtengemeinschaften zeigt sich auch darin, dass die einzelnen Gruppen den klimatischen Veränderungen und Extremen in unterschiedlichem Masse ausgesetzt und mehr oder weniger anfällig dafür sind. Entsprechend vielseitig sind die eingeschlagenen Strategien, damit umzugehen oder sich von Schicksalsschlägen zu erholen.

In Äthiopien befinden sich die meisten Hirtengebiete in der etwas tiefer gelegenen Umgebung der Hochlandbauern und grenzen ihrerseits an Gebiete anderer Hirtengruppen in den

Nachbarstaaten – mit entsprechenden Auswirkungen: Das traditionelle Produktionssystem setzt eine periodische, manchmal auch grenzüberschreitende Mobilität voraus, was zunehmend zu Schwierigkeiten führt.

Die Mobilität des Hirtentums ist für das Ökosystem von Weideland, für Gesundheit und Nachhaltigkeit überlebenswichtig. Auch der Tourismus profitiert davon und die vielfältigen, natürlichen Produkte werden weit über die von Hirten bewirtschafteten Gebiete hinaus konsumiert. Das Hirtentum steht im Dienste unseres gesamten Ökosystems und seinem globalen Nutzen. ■

(Aus dem Englischen)



Getachew Gebru ist Mitbegründer und Geschäftsführer der privaten Forschungs- und Entwicklungsorganisation MARIL mit Sitz in Äthiopien. Er ist derzeit Präsident der Äthiopischen Viehzucht-Gesellschaft (*Ethiopian Society of Animal Production*). Er beschäftigt sich seit Jahren mit Forschung und Sensibilisierungsarbeit in den verschiedenen Hirtengebieten Äthiopiens und Nordkenias und ist ausgewiesener Kenner des Risikomanagements im Bereich Hirtentum.



Natthai Hegerz/afif

Unbekannte Nachbarn gemeinsam auf der Bühne

Der kulturelle Austausch unter den zentralasiatischen Staaten soll wiederbelebt werden. Aus diesem Grund unterstützt die DEZA regionale Theaterproduktionen. Bereits haben professionelle Ensembles aus Usbekistan und Kirgisistan vier Stücke aufgeführt, die vom Publikum in beiden Ländern begeistert aufgenommen worden sind. Von Jane-Lise Schneeberger.



Seit der Aufteilung der UdSSR und der neuen Grenzziehung in Zentralasien ist der Austausch unter den fünf Republiken der Region spürbar zurückgegangen. Von den kulturellen Netzwerken aus sowjetischer Zeit ist kaum etwas geblieben, und die Künstler leiden unter zunehmender Isolation. Die grössten Hindernisse für einen kulturellen Dialog auf regionaler Ebene bestehen im Visumszwang zwischen manchen Ländern, in schlechten Strassen- und Flugverbindungen sowie fehlenden Mitteln. Die auf Souveränität pochenden Behörden subventionieren

Kultur nur, wenn sie zur offiziellen nationalistischen Sichtweise passt.

Publikum spielt mit

Die DEZA reagiert auf diese Rückzugslogik mit der Unterstützung kultureller Aktivitäten auf regionaler Ebene und hat im Mai 2011 ein Theater-Koproduktionsprojekt lanciert. «Ziel ist, dass das Publikum und die Theatertruppen die Kultur der Nachbarländer besser kennenlernen», erklärt Barno Turgunova im DEZA-Kooperationsbüro in Taschkent (Usbekistan). «Obschon Zentralasien politisch gespalten ist, haben wir gemein-

same Werte. Unsere Sprachen und Traditionen ähneln sich. Doch leider sind sich die meisten Leute dessen gar nicht bewusst.»

Momentan sind nur Kirgisistan und Usbekistan am Projekt «Dialog durch Theater» beteiligt, bald soll aber auch Tadschikistan dazustossen. Künstlerischer Leiter ist Ovyakuli Khodjakuli, ein bekannter avantgardistischer Regisseur. Der Turkmene sammelte eine 36-köpfige Theatertruppe um sich, hat kulturell gemischte Teams gebildet und sie beim Einstudieren von Koproduktionen unterstützt. Die vier bereits gezeigten Stücke bear-

beiten und reinterpreten usbekische und kirgisische Klassiker und verbinden sie mit viel Volksmusik, Tanz und Improvisation.

Alle Stücke sind interaktiv. «Die Schauspieler stehen im Dialog mit dem Publikum und involvieren dieses in die Handlung auf der Bühne», erklärt Ovyakuli Khodjakuli. Auf jede Vorstellung folgt eine Diskussion. «Wir haben uns komplexen gesellschaftlichen Themen gewidmet und bieten dem Publikum Gelegenheit, mit Regisseuren und Schauspielern zu diskutieren.»

2011 und 2012 wurden die vier



Koproduktionen in den Hauptstädten und anderen wichtigen Städten Kirgisistans und Usbekistans aufgeführt. Die Begeisterung des Publikums war überall sehr gross.

Parabel über die Gewaltspirale

Eines der Stücke heisst «Kamalak Nidosi» (Das Ächzen der Bogensaite) und baut auf dem Werk eines kirgisischen Dramatikers auf. Die Tragödie wurde von einem kirgisischen Regisseur zur Komödie umfunktioniert; gespielt wird sie von sechs usbekischen Schauspielern. Hauptpersonen sind drei Brüder, deren Erbstreitigkeiten nach dem Tod ihres Vaters in einen Krieg ausarten. Sie verteilen Stecken unter den Zuschauern und fordern sie auf, sich für eine der Parteien zu entscheiden. Auf einmal aufersteht der Vater. Er beruhigt alle,

sammelt die Waffen ein und fordert seine Söhne und die Zuschauer auf, sich des Irrsinns dieses Konflikts gewahr zu werden. Die Schauspieler beschliessen das Stück, indem sie ein kirgisches Lied anstimmen, gemäss dem wahrer Reichtum in spirituellen Werten liegt. Die philosophische Parabel wurde dem Publikum rund ein Jahr nach dem blutigen Konflikt zwischen Kirgisen und Usbeken in der Stadt Osch in Kirgisistan gezeigt. Der Erfolg war gross, obschon das politische Umfeld immer noch sehr angespannt ist. «Die Zuschauer haben selbstverständlich Parallelen zu den ethnischen Auseinandersetzungen gezogen. Sie haben verstanden, wie leicht man sich in eine Gewaltspirale hineinziehen lässt, sogar wenn man selbst eigentlich gar nicht betroffen ist», betont Djamalia Moldakhmatova vom DEZA-Kooperationsbüro in

Bischkek (Kirgisistan). «Wir brauchen solche Stücke als Gedankenanstoss dazu, wie wir die Zukunft gemeinsam gestalten wollen.» Das Projekt erhebt allerdings nicht den Anspruch, die Konflikte zu beruhigen, die Zentralasien in Atem halten. «Dazu ist es viel zu bescheiden», sagt Barno Turgunova. «Aber wir können ein Verhaltensmodell schaffen. Beginnen Künstler zusammenzuarbeiten, versuchen es andere Menschen in anderen Bereichen vielleicht auch.»

Mittel gegen die Isolation

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer jedenfalls sind begeistert. «Ein völlig anderer Ansatz als das, was wir bisher gemacht haben, und ein äusserst interessantes Projekt, mit dem wir unsere Kompetenzen erweitern konnten», sagt Ulanbek Omuraliev. Er ist einer von sechs

kirgisischen Schauspielern, die im Stück «Shok Bala» (Übler Bursche) nach einem Roman und unter der Regie eines Usbeken spielen.

Die Komödie erzählt die Geschichte eines Landjungen, der auf abenteuerliche Entdeckungsreise in die Welt hinaus geht und als Erwachsener zurückkehrt. Zunächst zweifelten die Schauspieler, ob sich ein Meisterwerk der usbekischen Literatur auf Kirgisisch aufführen lasse. «Doch als wir mit unseren Kollegen ins Gespräch kamen, fielen die Schranken schnell – als ob wir nur auf diesen Moment gewartet hätten», erinnert sich Ulanbek Omuraliev. «Es bringt nichts Gutes, wenn man sich in seinem Schneckenhaus einschliesst und den Kontakt zu den Nachbarn verweigert.» ■

(Aus dem Französischen)

Service

éducation21 - für die Zukunft bilden

Seit dem 1. Januar hat Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) in der Schweiz eine Adresse: www.education21.ch. Das Web-Portal will künftig alle Angebote und Initiativen zu BNE im schweizerischen Bildungssystem verbinden. Es ist eines der Angebote der neuen Stiftung éducation21. Das nationale Kompetenzzentrum wurde von der DEZA, dem BAFU, dem BAG, der schweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) und den beiden Stiftungen Bildung und Entwicklung (SBE) und Umweltbildung Schweiz (SUB) gegründet. Im Auftrag der Kantone, des Bundes und der Zivilgesellschaft unterstützt éducation21 die Umsetzung und Verankerung von BNE. Sie löst die bisherigen Stiftungen mit ihren Schwerpunkten Globales Lernen und Umweltbildung ab. Hinzu kommen Gesundheit, politische Bildung inkl. Menschenrechte und Wirtschaft. éducation21 will dazu beitragen, Kinder und Jugendliche auf ihre Zukunft in einer immer komplexer werdenden Welt vorzubereiten. Sie knüpft dabei an die Lehrplan-Entwicklung an, die mit der Integration von BNE dasselbe Ziel verfolgt.

Die neue Stiftung mit ihren rund 40 Mitarbeitenden ist als natio-



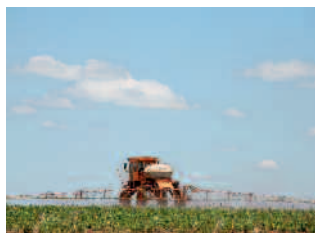
nales Dienstleistungszentrum in allen Sprachregionen präsent: Lehrpersonen, Schulleitungen und weitere Akteure finden bei éducation21 pädagogisch geprüfte Unterrichtsmedien, Orientierung und Beratung sowie Finanzhilfen für Schul- und Klassenprojekte. Auf der Ebene der Aus- und Weiterbildung von Lehrpersonen arbeitet éducation21 mit den Pädagogischen Hochschulen und anderen Aus- und Weiterbildungsstätten für Lehrpersonen zusammen. Die Teams von éducation21 sind interdisziplinär zusammengesetzt und mit den BNE-Akteuren auf allen Ebenen des Bildungssystems und der Zivilgesellschaft vernetzt. Die Finanzierung wird durch Beiträge des Bundes, der Kantone und der Zivilgesellschaft sowie durch selbst erwirtschaftete Mittel gewährleistet.

Informationen: www.education21.ch.

Filme/DVD

Soja verdrängt Kleinbauern

(dg) Agrarunternehmen setzen zunehmend auf Gentechnik, um den steigenden Bedarf an Futtermitteln in der Massentierhaltung zu decken. Als Folge davon fehlt Kleinbauernfamilien fruchtbares Land, um Grundnahrungsmittel anzubauen, die sie zum Überleben benötigen, und der massive Einsatz von Herbiziden stört das ökologische Gleichgewicht empfindlich. Der Film «Raising Resistance» zeigt am Beispiel Paraguays, wie grossflächiger Sojaanbau die Existenz der Landbevölkerung bedroht, unter ihnen Geronimo Arevalos und seine Familie. Dieser erzählt vom wachsenden Widerstand der Campesinos gegen die Dominanz landwirtschaftlicher Grosskonzerne und deren ag-



gressivem Einsatz von Gentechnologie. Dabei verfolgt er den sich langsam zuspitzenden sozialen und politischen Konflikt. Der Film wurde 2011 am Festival Visions du Réel in Nyon mit dem SRG SSR Preis ausgezeichnet.

«Raising Resistance» von Bettina Borgfeld, David Bernet, Dokumentarfilm Deutschland/ Schweiz 2011; Information und Beratung: Filme für eine Welt, Tel. 031 321 00 30, www.filmeeineWelt.ch

Nordlicht-Couleurs

Musik (er) Es sind starke Frauenstimmen. Sie schaffen einen Brückenschlag zwischen sozialpolitischem Engagement und grossartigen Klängen & Rhythmen, deren Wurzeln in den indigenen und traditionsreichen nordischen Musikformen liegen. Aus Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland und Island stammen die Künstlerinnen, welche die norwegische Produzentin und Frauenrechtsaktivistin Deeyah auf einem 18-Track-Sampler präsentiert.



In der Auswahl der 35-Jährigen mit pakistanisch-afghanischer Abstammung ist vielleicht gerade mal der superbe Gesang der samischen Sängerin Mari Boine bekannt – dann beginnt das Aufhorchen und Entdecken! Gelassenes Songwriting, dazwischen glutvolle Grooves oder auch ausgeprägter Folk, beschwingter Pop und stets bemerkenswert herrliche Stimmen sind zu hören.

Various: Deeyah presents «Nordic Woman» (Fuuse Mousiqi/Galileo MC, online)

Mexican-Sounds

(er) Da treffen Cumbia Grooves, Mariachi-Trompeten-Roots auf verspielte Xylofon-Passagen, geschmeidige Gitarrenriffs, wummernde Basslines, wuchtige

Hip-Hop- und Polka-Beats. Dazu kommen Synthesizer- und Samplerklänge. Gehör verschaffen sich schliesslich Rap-Slogans, oft durch ein Megafon verzerrt klingend. Verantwortlich für diese ansteckend wilde Melange ist das «Mexican Institute of Sound», kurz MIS. Hinter diesem Einmann-Unternehmen steht der 36-jährige DJ und Produzent Camilo Lara. Seine unbefangenen abgemischten Sounds und vortragenen Lieder sind kritisch und provokativ. Mit einer Art Galgenhumor weist er auf den Stillstand im 112-Millionen-Einwohner-Land hin, auf die Korruption und den grenzenlosen Drogenkrieg. So hat sich sein elegischer Song «México»



zu einer ironischen Hymne auf seine Heimat entwickelt – hörenswert, nicht nur für die Fans der New-Latin-Alternative-Scene!

Mexican Institute of Sound: «Político» (Chusma Records/Nation Music)

Steppengesang

(er) Ihre Alben sind hierzulande kaum erhältlich. Dies bedauern die Verantwortlichen des rührigen deutschen Weltmusik-Labels Network Medien. Sie stöberten tolle Aufnahmen und CDs von Urna Chahar-Tugchi auf. Ein ansprechendes «Portrait» macht nun die fantastische, nahezu vier Oktaven umfassende



Stimme der 43-jährigen Sängerin aus der Inneren Mongolei dem westlichen Publikum zugänglich. Es dokumentiert aufs Beste die Variationsbreite von Urnas vortrefflichem Gesang: elegant, leicht dahingleitend, poetisch zart gehaucht, aber auch furios intensiv schneidend. Sie besingt so das Leben und die Träume der Menschen in den endlos weiten Steppen ihrer Heimat, verdichtet damit althergebrachte musikalische Formen und setzt moderne Akzente. Unterstützt wird sie dabei durch verschiedenste Ensembles und Musiker, die u. a. das Akkordeon, die Bratsche, oder das Saxophon virtuos beherrschen. *Urna: «Portrait» (Network Medien/K-tel)*

Aufbauhilfe: Mehr als Architektur

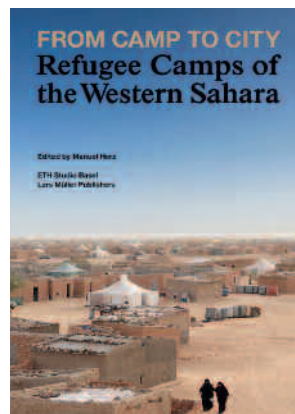
(gn) Beim Wiederaufbau nach einer Katastrophe reicht es

Bücher und Broschüren nicht, zerstörte Häuser und Infrastruktur wieder herzustellen. Das Buch «Post-Disaster Reconstruction and Change» zeigt anhand verschiedener Fallstudien zu Wiederaufbauprogrammen aus Nicaragua, Indien, Sri Lanka und Argentinien auf, welche verheerende Folgen Projekte haben können, wenn lokale Bedürfnisse nicht berücksichtigt werden. So wurden z.B. in Tamil Nadu traditionelle Häuser durch Betonbauten ersetzt und Kokospalmen großflächig abgeholzt, ohne Rücksicht auf deren wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung. Wo die sogenannten Begünstigten die Verantwortung für den Wiederaufbau selber übernehmen konnten, gab es keine solchen Fehlentwicklungen. Zudem waren diese Projekte kostengünstiger, wurden schneller abgewickelt, das Resultat entsprach den lokalen kulturellen und ökonomischen Bedürfnissen und die Menschen waren mit ihren Häusern zufriedener.

«Post-Disaster Reconstruction and Change» von Jennifer E. Duynne Barenstein und Esther Leemann (hrsg.), CRC Press 2012

Flüchtlingslager und Architektur

(bf) Bilder aus Flüchtlingslagern sind meist geprägt vom Elend der Menschen. Aus einer ganz neuen Perspektive präsentiert nun der Architekt Manuel Herz in seinem Buch «From Camp to City» das Thema, nämlich aus jener des Urbanismus und der Architektur. Herz leitet Lehre und Forschung am ETH Studio Basel und arbeitet daneben im Bereich humanitär engagierter Architektur. Am Beispiel der Flüchtlingslager in der algerischen Wüste, in denen die aus der West-Sahara stammenden Sahrauis seit über drei Jahrzehnten leben, nimmt das Buch das «Städtische» dieser Orte in



den Blick. Im Kontrast zur gängigen Betrachtungsweise des Flüchtlingslagers als Schauplatz von Elend und Verzweiflung sowie als Ziel humanitären Engagements konzentriert sich das Buch darauf, wie Menschen in Flüchtlingslagern leben und wohnen, wie sie arbeiten, sich bewegen, wie sie sich vergnügen und welche Räume und Strukturen dabei entstehen. Mit zahlreichen Bildern und Texten werden dabei einzelne Aspekte städtischen Lebens dargestellt und analysiert.

«From Camp to City – Refugee Camps of the Western Sahara» von Manuel Herz; ETH Studio Basel/Lars Müller Publishers Zürich, 2012

Schwein ohne Hörner

(bf) Schimpanse, Gorilla und Panther: Alle haben sie's auf die leckeren Nüsse hoch oben in der Palme abgesehen, und dennoch gehen schliesslich alle drei leer aus. Als die Schildkröte den Tieren Hörner schenkt, verpasst das Schwein seine Chance und wühlt seither Tag für Tag grunzend in der Erde... Solche und andere ebenso eigenwillige wie poetische Geschichten finden sich im Buch «Warum das Schwein keine Hörner hat». Die Tiere in den Erzählungen haben menschliche Eigenschaften: Sie sind klug, mutig oder eigennützig, aber auch übermütig, vorwitzig oder verträumt. Die in bester westafrikanischer Erzähl-

kunst vorgetragenen Fabeln – für Kinder ebenso wie für Erwachsene – stammen von zwei in der Schweiz lebenden Afrikanern: Geschrieben hat sie der Kameruner Autor und Künstler Henri Mbarga, illustriert wurden sie vom Senegalesen Billy Djité.

«Warum das Schwein keine Hörner hat» von Henri Mbarga und Billy Djité; Baobab Books Basel, 2012

Zwölf Emigrationskandidaten

(jls) Nach seinem Bestseller «Im Taxi» über den Kairoer Alltag aus Taxifahrerperspektive, hat der ägyptische Schriftsteller Chalid al-Chamissi 2009 mit dem kürzlich ins Französische übersetzten Roman «Arche Noah» erneut überzeugt. Zwölf Menschen stehen im Zentrum, Arbeitse migranten oder solche, die bald gehen wollen, darunter ein Jurist, ein Restaurator, ein Händler, ein Menschenschmuggler, eine Prostituierte, eine Chirurgin und ein Lehrer. Alle wollen sie ins Exil, als ob sie der Arche Noah zuströmen, um dem drohenden Untergang Ägyptens zu entkommen. «Weggehen ist unser einziger Gedanke», sagt einer von ihnen. «Hier in diesem chaotischen und korrupten Umfeld kommt man nicht voran; kein Licht am Ende des Tunnels, kein Projekt.» Der vor dem Arabischen Frühling geschriebene Roman beeindruckt mit seiner prophetischen Kraft. Er beschreibt eine Gesellschaft kurz



vor der Explosion, unterhöhlt von Korruption, politischer Repression sowie konfessionellen und ethnischen Diskriminierungen.

Khaled Al Khamissi: «L'Arche de Noé», Actes Sud 2012

Ungezügelter Bombay

(bf) Kaum ein Schriftsteller weiss die Stimmung Bombays besser zu beschreiben als Kiran Nagarkar. Fast alle seine Romane, Theaterstücke und Film-drehbücher handeln in der 18-Millionenmetropole, in der er selber seit seiner Geburt lebt. Sein erster Roman «Sieben mal sechs sind dreiundvierzig» gilt als Meilenstein der indischen Literatur nach der Unabhängigkeit. Jetzt ist auch sein neuestes Buch «Die Statisten» übersetzt, dessen Schauplatz das Bombay der 60er- und 70er-Jahre ist. Vor dem Hintergrund der indischen Film- und Musikgeschichte entsteht durch die Abenteuer der beiden Protagonisten Ravan und Eddie – der eine Taxichauffeur, der andere Raussch-



meisser in einer illegalen Kneipe – ein ebenso plastisches wie sinnliches Bild Bombays mit all seinen Kontrasten, Kulturen, Vielfarbigkeit, Religionen und Düften. Gleichzeitig ist dieser Roman ein philosophisches Nachsinnen über unseren Platz in der Welt: Sind wir die Protagonisten oder doch nur Statisten in einem Film namens Leben?

«Die Statisten» von Kiran Nagarkar; A1 Verlag München 2012

Gender, Gerechtigkeit, Globalisierung

Weiterbildung

(bf) Das Interdisziplinäre Zentrum für Geschlechterforschung IZFG der Universität Bern führt ab 11. April den zweiten Durchgang des Weiterbildungskurses Certificate of Advanced Studies (CAS) «Gender, Justice, Globalisation» durch. In 7 Modulen (von April 2013 bis April 2014) werden die Teilnehmenden mit komplexen Prozessen der Globalisierung und der Entstehung globaler ethischer und rechtlicher Standards vertraut gemacht. Erneut bestreiten namhafte Expertinnen und Experten aus dem In- und Ausland den Kurs, unter ihnen Raphael F. Crowe, Senior Gender Specialist am International Labour Office (ILO) oder der Professorin

Yakin Ertürk, frühere Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen zum Thema «Gewalt gegen Frauen».

Anmeldeschluss gesamter Kurs: 1. März 2013, einzelne Module später buchbar; Kurssprache: Englisch; Informationen: www.izfg.unibe.ch, cas@izfg.unibe.ch

EDA-Spezialisten kommen zu Ihnen

Möchten Sie sich aus erster Hand über die schweizerische Aussenpolitik informieren? Referentinnen und Referenten des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) stehen Schulklassen, Verbänden und Institutionen für Vorträge und Diskussionen zu zahlreichen aussenpolitischen Themen zur Verfügung. Der Vortragsdienst ist kostenlos, kann seine Dienstleistungen jedoch nur innerhalb der Schweiz anbieten, und es sollten mindestens 30 Personen an der Veranstaltung teilnehmen.

Informationen: Vortragservice EDA, Informationsdienst, Bundeshaus West, 3003 Bern; Tel. 031 322 31 53 oder 031 322 44 12; Mail: info@eda.admin.ch

Fernsucht



Artem Bruck

Zwischen Klassik und Reggaeton

Die Pianistin Luisa Splett erwarb in Santiago de Chile ihr Konzertdiplom und in St. Petersburg ihr Solistendiplom. Mittlerweile tritt die Winterthurerin weltweit in den renommiertesten Konzertsälen auf.

Mein Koffer und meine Arbeit als Pianistin stehen für mich stellvertretend für Freiheit. Ich bin viel und gerne unterwegs. Mir ist überall wohl, solange ich ein Klavier zur Verfügung habe. Mit 16 Jahren absolvierte ich ein Austauschjahr in Santiago de Chile. Nach meinem Grundstudium in Zürich kehrte ich nach Chile zurück, um weiterzustudieren. Seit da bin ich mehr oder weniger immer unterwegs, letztes Jahr etwa für Konzerte in Argentinien, Ecuador und Brasilien. Durch meine Ausbildung, die Reiserei und mein grundsätzliches Interesse an anderen Kulturen, spreche ich mittlerweile sechs Sprachen fließend. Über ein Drittel meines Lebens habe ich schon im Ausland verbracht. Am nächsten liegt mir die südamerikanische Kultur, wegen der Sprache, der Vielfalt an Kulturen, der Unbeschwertheit und Leichtigkeit sowie der Musik. Auch tanze ich sehr gerne Salsa. Zum Putzen und Aufräumen jedoch höre ich liebend gerne die Musik des puerto-ricanischen Reggaeton-Duos «Calle 13», die ich sehr empfehlen kann.

(Aufgezeichnet von Beat Felber)

Impressum

«Eine Welt» erscheint viermal jährlich in deutscher, französischer und italienischer Sprache.

Herausgeberin

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA)

Redaktionskomitee

Martin Dahinden (verantwortlich)
Catherine Vuffray (Gesamtkoordination)
Marie-Noëlle Bossel, Marc-André Bünzli,
Beat Felber, Sabina Mächler, André Marty,
Pierre Maurer, Özgür Unal

Redaktion

Beat Felber (bf – Produktion)

Gabriela Neuhaus (gn) Jane-Lise Schneeberger (jls) Mirella Wepf (mw) Ernst Rieben (er) Luca Beti (italienische Version)

Gestaltung

Laurent Cocchi, Lausanne

Lithografie und Druck

Vogt-Schild Druck AG, Derendingen

Wiedergabe

Der Nachdruck von Artikeln ist, nach Bewilligung durch die Redaktion, unter Quellenangabe gestattet. Belegexemplare erwünscht

Abonnemente und Adressänderungen

«Eine Welt» ist gratis (nur in der Schweiz) erhältlich bei: EDA, Informationsdienst, Bundeshaus West, 3003 Bern

E-Mail: info@deza.admin.ch
Tel. 031 322 44 12
Fax 031 324 90 47
Internet: www.deza.admin.ch

860215346

Der Umwelt zuliebe gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier

Gesamtauflage: 52'200

Umschlag: Regimekritische Demonstration in Libyen im Frühling 2011; Hollandse Hoogte/laif

ISSN 1661-1667

«Die arabischen Revolutionen zerlegten ein politisches System, das sich weigerte, den nötigen Wandel herbeizuführen, um der Bevölkerung Arbeitsplätze und Existenzgrundlagen zu schaffen.»

Vicken Cheterian, Seite 9

«Wir brauchen einen Sozialvertrag, der allen Bürgern gleiche Chancen ermöglicht, harte Arbeit entlohnt und Bedürftige auffängt.»

Ahmed Galal, Seite 16

«Um mich selber mache ich mir keine Sorgen: Ich habe meine Töchter gut erzogen und weiss, dass sie für mich da sein werden, wenn ich sie brauche.»

María del Rosario Barahona, Seite 22
